



Protokolle der öffentlichen Sitzungen

**des
Hauptverwaltungs-
und
Finanzausschusses**

2016

Inhaltsverzeichnis:

[illegible]

SITZUNG

des
HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSSES

Sitzungstag: Freitag, 29. Januar 2016
Sitzungsdauer: 14:00 Uhr bis 16:00 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	

Abwesend:

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Friedrich Englert		
Silvia Reiling		
Thomas Wenzel		

Tagesordnung**Haupt- und Finanzausschuss****Öffentlicher Teil:**

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift
3.	Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuern
4.	Beratung des Haushaltsplanes für das Jahr 2016
5.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 10 geladenen Ausschussmitgliedern 7 erschienen sind, der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist und zur

Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Die fehlenden Ausschussmitglieder kommen später hinzu.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Das Protokoll der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.10.2015 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Festsetzung der Hebesätze für die GrundsteuernSachverhalt:

Der Freistaat Bayern und die kommunalen Spitzenverbände haben sich im Sommer auf grundlegende Änderungen im Finanzausgleich geeinigt.

Besonders bei der Berechnung der Steuerkraft sind erhebliche Änderungen und Auswirkungen zu beachten.

Die Steuerkraft wird u. a. anhand der tatsächlichen Steuereinnahmen bei der Grund- und Gewerbesteuer berechnet.

Die Steuerkraft wird ermittelt, indem die tatsächlichen Steuereinnahmen durch den örtlichen Hebesatz dividiert und mit dem sog. Nivellierungshebesatz multipliziert werden.

Dieser Nivellierungshebesatz betrug bisher 250% bei der Grundsteuer A und B und 231% (300%-69%) bei der Gewerbesteuer. Ab dem Jahr 2016 wird dieser angehoben auf 310%. Dies entspricht einer Steigerung von 24%.

Weiterhin werden noch 10% der Einnahmen berücksichtigt, welche den Nivellierungshebesatz übersteigen. Verschiedene Zuweisungen und Umlagen werden anhand der Steuerkraft berechnet. Für die Gemeinde Haibach bedeutet dies alleine bei der Kreisumlage Mehrausgaben von ca. 100.000 €, ohne dass eine Änderung des Hebesatzes der Kreisumlage erfolgt.

Berechnung:

Abgabeart		Steuerkraftzahl		Differenz
		Neu 310%	Bisher 250%	
Grundsteuer A 2014	3.806,00			
Hebesatz	295,00			
Nivellierungshebesatz	310,00	4.000	3.225	775
Grundsteuer B 2014	776.835,00			
Hebesatz	295,00			
Nivellierungshebesatz	310,00	816.335	658.335	158.000
Gewerbesteuer 2014	2.268.419,00			
Hebesatz	320,00			
Nivellierungshebesatz 310% - 69%	241,00	1.708.403		
zusätzlich: 10% über 310				
Gewerbesteuer 2014	2.268.419,00			
Hebesatz	320,00			
Nivellierungshebesatz	310,00			
Gewerbesteuer 2014 bei 310%	2.197.530,91			
Differenz	70.888,09			
davon 10%	7.088,81	7.089		
Gesamt		1.715.492	1.637.515	77.977
Summe		2.535.827	2.299.075	236.752

Kreisumlage / Hebesatz 42,5%		1.077.726	977.107	
Differenz		100.619		

Da unser Hebesatz bei den Grundsteuern A und B unter dem Nivellierungshebesatz liegt, zahlen wir Umlagen aus fiktiven Steuereinnahmen.

Abzuwarten bleibt, wie sich diese Situation bei der Gewährung von Zuschüssen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) auswirkt. Bei der Gewährung von FAG-Zuschüssen werden auch die Hebesätze berücksichtigt.

Liegen die Hebesätze einer Gemeinde unter dem Durchschnitt der übrigen Gemeinden, verringert sich die Zuschussquote.

Aufgrund dieser Änderungen im Finanzausgleich sollte die Anpassung der Hebesätze für die Grundsteuer A und B auf 310 v. H. erfolgen.

Kämmerer Thomas Wenzel stellt zu den Ausführungen noch fest, dass für jeden einzelnen Grundstücksbesitzer dies eine Erhöhung der Zahlung von 5 % ausmachen wird.

Bgm. Andreas Zenglein erläutert, dass diese Nivellierung eine Gleichbehandlung der Städte und Kommunen bringen soll.

Kämmerer Thomas Wenzel ergänzt, dass durch die Erhöhung die Steuerkraft höher angerechnet wird, als sie tatsächlich ist.

In diesem Zusammenhang möchte **GR Jürgen Goldhammer** wissen, wie oft dieser Nivellierungssatz angepasst wird.

Kämmerer Thomas Wenzel antwortet, dass dies nun die erste Erhöhung seit 20 Jahren ist. Es wird daher vorgeschlagen eine Erhöhung von 295 % auf 310 % zu beschließen.

GR Hans Georg Seitz sieht im Vergleich die Einnahmen der Jahre 2015/16. Er bezeichnet die Einnahmen aus dem Jahr 2015 als gut.

Kämmerer Thomas Wenzel erklärt, dass es hier um den Finanzausgleich geht.

3. Bgm. Horst Hock möchte wissen, welche Gegenwerte bei einer Erhöhung von 250 % auf 310 % zu erwarten sind. Es ist ja bekannt, dass die Grundsteuer A und B zu niedrig angesetzt sind.

Bgm. Andreas Zenglein sieht bei einer Erhöhung der Grundsteuer in diesem Jahr auch die entsprechende Begründung für diese Maßnahme.

GIB Friedrich Englert weist darauf hin, dass bei den nächsten Maßnahmen, bei denen Kredite erforderlich sind, die Einnahmensituation der Gemeinde geprüft wird.

Ergebnis der Beratung:

Die Fraktionen werden die Thematik bis zur nächsten Sitzung beraten.

4. Beratung des Haushaltsplanes für das Jahr 2016

Sachverhalt:

Anmerkungen

zum Haushaltsentwurf 2016

Im vorliegenden Entwurf des **Ergebnishaushaltes** belaufen sich die ordentlichen Erträge auf 14.822.000 € (Vorjahr: 13.641.800 €) und die ordentlichen Aufwendungen auf 14.422.500 € (Vorjahr: 13.837.900 €).

Unter Einbeziehung des Finanzergebnisses ergibt sich ein Jahresergebnis von 367.500 €.

Die **Umlagekraft** (ist die Summe der Steuerkraftzahlen aus der Grund- und der Gewerbesteuer sowie den Beteiligungen an der Einkommen- und Umsatzsteuer zuzüglich 80% der Schlüsselzuweisung) der Gemeinde ist von 9.116.553 € (1.091,54 €/ Einwohner) im Jahre 2014 auf nunmehr 7.411.659 € (888,94 €/ Einwohner) gesunken.

Dies entspricht einer **Minderung** um 1.704.894 € (= **18,70 %**).

Ursache hierfür sind die niedrigeren Gewerbesteuereinnahmen des Jahres 2014 und die Tatsache, dass wir im Jahr 2015 keine Schlüsselzuweisungen erhalten haben.

Die IST-Einnahmen bei der Gewerbesteuer betragen 2013 ca. 4.705.700 €.

Im Jahr 2014 waren jedoch nur ca. 2.268.400 € zu verzeichnen.

Die **Steuerkraftzahlen** (hier wird die Schlüsselzuweisung nicht mitgerechnet) zeigen ein wesentlich deutlicheres Bild über die Höhe der Steuereinnahmen.

Im Jahr 2015 belief sich die Steuerkraft auf 8.655.766 (1.036,37 €/Einw.), während im Jahr 2016 ein Betrag von 7.411.659 (888,48 €/Einw.) zu verzeichnen ist. Daraus errechnet sich ein Minus von 1.244.107 € (14,37%).

Die Umlagekraft ist Grundlage für die Berechnung verschiedener Umlagen und Abgaben, wie z. B. der Kreisumlage.

Der Hebesatz der **Kreisumlage** wird um 1% gesenkt und beträgt somit 41,5%. Die Kreisumlage

vermindert sich von ca. 3.874.600 € auf ca. 3.075.900 €. Dies entspricht Minderausgaben von ca. 798.700 €.

Die größte Einnahmequelle ist nach wie vor die **Einkommensteuerbeteiligung**. Sie ist im vorliegenden Haushaltsentwurf mit 5.550.000 € veranschlagt. Dies sind ca. 350.000 € mehr als der Ansatz des Jahres 2015.

Die **Schlüsselzuweisungen** dienen dazu, die Unterschiede in der Finanzkraft der bayerischen Gemeinden teilweise auszugleichen (siehe oben).

Aufgrund der **hohen Steuerkraft** hatten wir im letzten Jahr keine Schlüsselzuweisung erhalten. Im Jahr 2016 beträgt die Schlüsselzuweisung 730.680 €.

Die Einnahmen bei der **Gewerbsteuer** sind im vorliegenden Entwurf mit 2.100.000 € veranschlagt. Dieser Betrag wird aber nur zu erreichen sein, wenn keine größeren Rückzahlungen zu leisten sind.

Als Ausgleich für den Wegfall der Gewerbesteuer werden die Gemeinden seit 1998 an der **Umsatzsteuer** beteiligt. Veranschlagt wurde ein Betrag von **197.400 €** (2014: 169.000 €).

Der **Hebesatz der Gewerbesteuerumlage** beträgt weiterhin 69%. Für die Gemeinde ergibt sich eine geschätzte Gewerbesteuerumlage i. H. v. ca. **453.000 €**.

Die Modernisierung der **Kultur- und Sporthalle** und die Sanierung der **Ortsverbindungsstraße** nach Dörmorsbach prägen die Investitionen der nächsten Jahre.

Für die **Kultur- und Sporthalle** sind im Zeitraum 2016 bis 2018 Ausgaben i. H. v. 6.850.000 € vorgesehen. An Zuschüssen wird ein Betrag von ca. 125.000 € erwartet.

Die Baukosten für die **Ortsverbindungsstraße** (Zeitraum 2016 bis 2018) belaufen sich auf ca. 5.550.000 €. Hier werden Staatszuschüsse von 2.875.000 € erwartet. Hinzu kommen noch 620.000 € für den Bau des **Radweges**.

Für den Neubau des **Bauhofes** ist ein Restbetrag von **7.000 €** veranschlagt.

Außerdem müssen in den nächsten Jahren mehrere Fahrzeuge des Bauhofes systematisch erneuert werden. Diese Fahrzeuge sind mittlerweile über 10 Jahre alt und die Reparaturkosten dementsprechend hoch. Vorgesehen sind hierfür Ausgaben von 80.000 €.

Die Einführung des **Digitalfunkes** hat 2015 begonnen. Für das Jahr 2016 ist ein Betrag von 36.000 € veranschlagt.

Außerdem soll eine **Drehleiter DLK 23/12** und ein **Feuerwehrfahrzeug HLF10** beschafft werden. Der größte Teil der Ausgaben wird wohl erst 2017 kassenwirksam werden.

Im Haushalt 2016 sind deshalb Mittel von 200.000 € und für das Jahr 2017 in Höhe von 725.700 € veranschlagt. An Zuschüssen dürfte ein Betrag von 419.000 € zu erwarten sein.

Die Restfinanzierung der **Brandschutzmaßnahmen** in der **Schule** (Elektroarbeiten) schlägt mit 5.000 € zu Buche.

Für die Sanierung des **Hallendaches** im Bereich **Schwimmbad** sind 6.000 € vorgesehen.

Haushaltsmittel in Höhe von 156.000 € sind für den **Kindergarten (Kinderkrippe) Grünmorsbach** vorgesehen.

Die restlichen Zuwendungen des Freistaates dürften sich auf 150.000 € belaufen.

Für die Errichtung eines **Kinderhortes** sind weitere 900.000 € an Haushaltsmitteln bereitgestellt.

Für die Baumaßnahmen im **Kreuzungsbereich Findberg-/Großmann-/Würzburger Straße** sind Gelder von 1.375.000 € veranschlagt. Die staatlichen Zuschüsse für den Straßenbau dürften sich auf ca. 745.000 € belaufen.

Die Zusage der Bezuschussung liegt noch nicht vor.

Der Ausbau der **Großmannstraße** (Rest 1. BA und Anfinanzierung BA 2) ist veranschlagt mit einem Betrag in Höhe von 272.000 €.

Die in einem Teilbereich des **Sponackerweges** durchgeführte Sanierung des Kanals, der Wasserleitung und der Straße erfordern noch Mittel von 62.000 €.

Für die Sanierung des Wasserhochbehälters Buch ist ein erster Betrag von 300.000 € eingeplant.

Auf der **Einnahmeseite** ist der Verkauf des Baugrundstückes in Dörmorsbach eingeplant. Hier könnte geprüft werden, ob dieser Bauplatz im Rahmen „Förderung von jungen Familien“ angeboten werden sollte.

Der vorliegende Haushaltsentwurf kann ohne eine neue Kreditaufnahme ausgeglichen werden.

Bei der Beratung zu dem vorgelegten Investitionsplan werden die Einzelpositionen besprochen. Es wird vorgeschlagen, zur Position 73 „Jugendhaus“ einen Betrag in Höhe von 20.000 EUR als Planungskosten einzustellen.

In der weiteren Diskussion weist **Bgm. Andreas Zenglein** darauf hin, dass die bisherige Küche auf der Hallenebene der KuS-Halle im Bereich des Ausschanks nun als Fluchtweg benötigt bzw. ausgewiesen wird. Die nicht mehr benötigten Küchenteile werden verkauft. Es wird jedoch in diesem Raum keine vollausgestattete Küche mehr benötigt bzw. eingebaut werden. Die Spülmaschine, die dort installiert ist, bleibt jedoch erhalten.

GR Peter Amrhein ist der Meinung, dass hier die Vereine nach den Ausstattungskriterien befragt werden sollten.

Folgende Punkte werden von den Ausschussmitgliedern angesprochen:

GR Jürgen Großmann möchte wissen, ob Planungskosten für die Gestaltung der Ortsmitte eingeplant sind.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass zwei weitere Firmen ihre Konzepte zur Gestaltung der Ortsmitte und des Areals an der Alten Schule und dem ehemaligen Feuerwehrhaus vorstellen wollen. Ebenfalls dazu kontaktiert wird das Büro Müller, das einen Entwurf bereits vorgestellt hat.

3. Bgm. Horst Hock erklärt, dass die Ergebnisse dieser Vorstellungen zuerst in den Fraktionen beraten werden. Es sollte auch eine Klausurtagung mit dem Architekten Müller stattfinden.

GR Hans Georg Seitz möchte wissen, weshalb kein Kostenansatz für die Sanierung der Aschaffburger Straße vorgesehen ist. Es gibt einen Beschluss des Gemeinderates, dass jeweils eine Ausführung und eine Planung erfolgen jährlich sollen.

Kämmerer Thomas Wenzel stellt fest, dass hierzu die „Man-Power“ fehlt. Ebenso ist er der Meinung, dass vorrangig erst die begonnenen Projekte im Straßenbau beendet werden sollten, bevor neue begonnen werden.

Zum Thema Straßenbeleuchtung regt **GR Peter Amrhein** an, dass bei der AVG nachgefragt werden sollte, ob der Einbau von LED-Lampen in die Straßenbeleuchtung erfolgen kann.

Hierzu ergänzt **GIB Friedrich Englert**, dass zum Thema „Energie“ auch die Vorschläge aus dem

ILEK-Abschlussbericht Beachtung finden sollten. Die Vorstellung hierzu erfolgt im Februar.

3. Bgm. Horst Hock ist der Meinung, dass die Wege im Waldfriedhof auf Vordermann gebracht werden sollten.

Hierzu erklärt **Dipl. Ing. Martin Volk**, dass dies abschnittsweise vorgesehen ist.

3. Bgm. Horst Hock ist der Ansicht, dass die Wege oftmals durch die Fahrzeuge und Gerätschaften der Bestatter beschädigt werden. Diese sollten in Regress genommen werden. Im Übrigen verweist er auch auf die Anregungen aus der Bürgerversammlung von Heinz Schuck.

GR Hans Georg Seitz fragt, ob es bezüglich der Arbeiten in der Kultur- und Sporthalle ein neues Bauzeitenprotokoll gibt.

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass die Halle im Rahmen der Sanierungsarbeiten in der Zeit vom 11.07. bis 06.10.2016 komplett geschlossen und nicht für den Sportbetrieb zur Verfügung stehen wird.

Die Vereine haben eine Einladung für Dienstag, 23.02., für eine Besprechung und weitere Informationen erhalten.

Der Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2016 wird in den Fraktionen besprochen.

5. Allgemeines

Bgm. Andreas Zenglein weist auf folgende Termine hin:

Sitzung des Seniorenbeirates	am:
Montag, 22.02.2016	
Sitzung mit Vereinsvertretern	am:
Dienstag, 23.02.2016	
Sitzung GR- ILEK in Laufach	am:
Mittwoch, 24.02.2016, Beginn 19:00 Uhr	
Sitzung des HFA- Schule	am:
Donnerstg, 25.02.2016, Beginn 19:00 Uhr	
Sitzung des Ortsjugendrates	am:
Dienstag, 01.03.2016	
Sitzung AK FFW-Planung 2016	am:
Donnerstag, 18.02.2016	

Veranstaltung:

Konzert der Mandolinenfreunde in der TV-Turnhalle am 28.02.2016

GR Peter Amrhein informiert, dass im Jahr 2017 das nächste Dorffest geplant ist. Hier wird auch ein entsprechendes Engagement der Gemeinde gewünscht.

Bezüglich der Arbeiten in der Kultur- und Sporthalle bittet er um Einbindung der Vereine, die dort Training und Veranstaltungen abhalten.

Kämmerer Thomas Wenzel informiert noch über den Antrag der Grundschule, dass im kommenden Schuljahr neue Schulbücher benötigt werden. Hierfür wird ein Sonderposten in Höhe von 10.000 EUR bereitgestellt.

Des Weiteren hat die Feuerwehr bezüglich einer Klimatisierung für die Einsatzzentrale angefragt.

Dies wird in der Sitzung des AK FFW besprochen, es sollten Preise eingeholt werden. In der nächsten Sitzung sollten entsprechende Vorschläge unterbreitet werden.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde am **06.07.2016** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Silvia Reiling
Verwaltungsangestellte

SITZUNG

des

HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSSES**Sitzungstag: Donnerstag, 25. Februar 2016**

Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 21:30 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
---------------------------	-----------------	---

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	ab 19:25 Uhr anwesend
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	

Abwesend:

Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	(vertreten durch Claus Rückert)
Claus Rückert	Gemeinderat	

Schriftführer

Reiling Silvia		
----------------	--	--

Verwaltung

Friedrich Englert		
Silvia Reiling		
Thomas Wenzel		

Tagesordnung

Haupt- und Finanzausschuss**Öffentlicher Teil:**

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift
3.	Fortsetzung der Haushaltsberatung 2016
4.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 10 geladenen Ausschussmitgliedern 9 erschienen sind, der Haupt-

und Finanzausschuss beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Es liegt kein Protokoll zur Genehmigung vor.

3. Fortsetzung der Haushaltsberatung 2016**Anmerkungen****zum Haushaltsentwurf 2016**

Im vorliegenden Entwurf des **Ergebnishaushaltes** belaufen sich die ordentlichen Erträge auf 14.822.000 € (Vorjahr: 13.641.800 €) und die ordentlichen Aufwendungen auf 14.422.500 € (Vorjahr: 13.837.900 €). Unter Einbeziehung des Finanzergebnisses ergibt sich ein Jahresergebnis von 367.500 €.

Die **Umlagekraft** (ist die Summe der Steuerkraftzahlen aus der Grund- und der Gewerbesteuer sowie den Beteiligungen an der Einkommen- und Umsatzsteuer zuzüglich 80% der Schlüsse-lzuweisung) der Gemeinde ist von 9.116.553 € (1.091,54 €/ Einwohner) im Jahre 2014 auf nunmehr 7.411.659 € (888,94 €/ Einwohner) gesunken. Dies entspricht einer **Minderung** um 1.704.894 € (= **18,70 %**).

Ursache hierfür sind die niedrigeren Gewerbesteuereinnahmen des Jahres 2014 und die Tatsache, dass wir im Jahr 2015 keine Schlüsselzuweisungen erhalten haben. Die IST-Einnahmen bei der Gewerbesteuer betrugen 2013 ca. 4.705.700 €. Im Jahr 2014 waren jedoch nur ca. 2.268.400 € zu verzeichnen.

Die **Steuerkraftzahlen** (hier wird die Schlüsselzuweisung nicht mitgerechnet) zeigen ein wesentlich deutlicheres Bild über die Höhe Steuereinnahmen. Im Jahr 2015 belief sich die Steuerkraft auf 8.655.766 (1.036,37 €/Einw.), während im Jahr 2016 ein Betrag von 7.411.659 (888,48 €/Einw.) zu verzeichnen ist. Daraus errechnet sich ein Minus von 1.244.107 € (14,37%).

Die Umlagekraft ist Grundlage für die Berechnung verschiedener Umlagen und Abgaben, wie z. B. der Kreisumlage.

Der Hebesatz der **Kreisumlage** wird um 1% gesenkt und beträgt somit 41,5%. Die Kreisumlage vermindert sich von ca. 3.874.600 € auf ca. 3.075.900 €. Dies entspricht Minderausgaben von ca. 798.700 €.

Die größte Einnahmequelle ist nach wie vor die **Einkommensteuerbeteiligung**.

Sie ist im vorliegenden Haushaltsentwurf mit 5.550.000 € veranschlagt. Dies sind ca. 350.000 € mehr als der Ansatz des Jahres 2015.

Die **Schlüsselzuweisungen** dienen dazu, die Unterschiede in der Finanzkraft der bayerischen Gemeinden teilweise auszugleichen (siehe oben). Aufgrund der **hohen Steuerkraft** hatten wir im letzten Jahr keine Schlüsselzuweisungen erhalten. Im Jahr 2016 beträgt die Schlüsselzuweisung 730.680 €.

Die Einnahmen bei der **Gewerbesteuer** sind im vorliegenden Entwurf mit 2.100.000 € veranschlagt. Dieser Betrag wird aber nur zu erreichen sein, wenn keine größeren Rückzahlungen zu leisten sind.

Als Ausgleich für den Wegfall der Gewerbekapitalsteuer werden die Gemeinden seit 1998 an der **Umsatzsteuer** beteiligt. Veranschlagt wurde ein Betrag von **197.400 €** (2014: 169.000 €).

Der **Hebesatz der Gewerbesteuerumlage** beträgt weiterhin 69%. Für die Gemeinde ergibt sich eine geschätzte Gewerbesteuerumlage i. H. v. ca. **453.000 €**.

Die Modernisierung der **Kultur- und Sporthalle** und die Sanierung der **Ortsverbindungsstraße** nach Dörmorsbach prägen die Investitionen der nächsten Jahre.

Für die **Kultur- und Sporthalle** sind im Zeitraum 2016 bis 2018 Ausgaben i. H. v. 6.850.000 € vorgesehen. An Zuschüssen wird ein Betrag von ca. 125.000 € erwartet.

Die Baukosten für die **Ortsverbindungsstraße** (Zeitraum 2016 bis 2018) belaufen sich auf ca. 5.550.000 €. Hier werden Staatszuschüsse von 2.875.000 € erwartet. Hinzu kommen noch 620.000 € für den Bau des **Radweges**.

Für den Neubau des **Bauhofes** ist ein Restbetrag von **7.000 €** veranschlagt. Außerdem müssen in den nächsten Jahren mehrere Fahrzeuge des Bauhofes systematisch erneuert werden. Diese Fahrzeuge sind mittlerweile über 10 Jahre alt und die Reparaturkosten dementsprechend hoch. Vorgesehen sind hierfür Ausgaben von 80.000 €.

Die Einführung des **Digitalfunkes** hat 2015 begonnen. Für das Jahr 2016 ist ein Betrag von 36.000 € veranschlagt.

Außerdem soll eine **Drehleiter DLK 23/12** und ein **Feuerwehrfahrzeug HLF10** beschafft werden. Der größte Teil der Ausgaben wird wohl erst 2017 kassenwirksam werden. Im Haushalt 2016 sind deshalb Mittel von 200.000 € und für das Jahr 2017 in Höhe von 725.700 veranschlagt. An Zuschüssen dürfte ein Betrag von 419.000 € zu erwarten sein.

Die Restfinanzierung der **Brandschutzmaßnahmen** in der **Schule** (Elektroarbeiten) schlägt mit 5.000 € zu Buche. Für die Sanierung des **Hallendaches** im Bereich **Schwimmbad** sind 6.000 € vorgesehen.

Haushaltsmittel in Höhe von 156.000 € sind für den **Kindergarten (Kinderkrippe) Grünmorsbach** vorgesehen. Die restlichen Zuwendungen des Freistaates dürften sich auf 150.000 € belaufen. Für die Errichtung eines **Kinderhortes** sind weitere 900.000 € an Haushaltsmitteln bereitgestellt.

Für die Baumaßnahmen im **Kreuzungsbereich Findberg-/Großmann-/Würzburger Straße** sind Gelder von 1.375.000 € veranschlagt. Die staatlichen Zuschüsse für den Straßenbau dürften sich auf ca. 745.000 € belaufen.

Der Ausbau der **Großmannstraße** (Rest 1. BA und Anfinanzierung BA 2) ist veranschlagt mit einem Betrag in Höhe von 272.000 €.

Die in einem Teilbereich des **Sponackerweges** durchgeführte Sanierung des Kanals, der Wasserleitung und der Straße erfordern noch Mittel von 62.000 €.

Für die Sanierung des Wasserhochbehälters Buch ist ein erster Betrag von 300.000 € eingeplant.

Auf der **Einnahmeseite** ist der Verkauf des Baugrundstückes in Dörmorsbach eingeplant.

Der vorliegende Haushaltsentwurf kann ohne eine neue Kreditaufnahme ausgeglichen werden. Es wird zu den Anmerkungen ergänzt, dass für die Baumaßnahmen im Kreuzungsbereich Findberg-/Großmann-/Würzburger Straße die Zuschusszusage **noch nicht** vorliegt. Bezüglich des Verkaufs des Baugrundstückes in Dörmorsbach wird vorgeschlagen, dass dieser Bauplatz eventuell in das Programm „**Junge Familie**“ mit aufgenommen werden soll.

Zur heutigen Sitzung werden die beiden Schulleiterinnen, Frau Urmetzer von der Grundschule und Frau Zeier von der Mittelschule begrüßt. Heute sollen die Ergebnisse aus den Diskussionen der Fraktionen in die Haushaltsberatungen mit einfließen.

Frau Urmetzer führt aus, dass im kommenden Schuljahr die **Neuanschaffung von Büchern** erforderlich ist. Ebenso ist eine weitere Anschaffung von Mobiliar für die 1. und 2. Jahrgangsstufe erforderlich.

Die Anmeldungen für das kommende Schuljahr finden am 05.04. statt. Eine Aussage über eine 3- oder 4-Zügigkeit kann erst etwa Mitte Mai getroffen werden. Derzeit werden ca. 80-90 Anmeldungen erwartet. Ab 85 Anmeldungen wird es 4 erste Klassen geben. In Grünmorsbach wird es wieder eine Klasse geben.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass die Anschaffung der neuen Bücher außerhalb des Budgets erfolgen wird. Der Sachaufwandsträger hat für diese Unterrichtsmaterialien Sorge zu tragen. Für diese Anschaffung erfolgt auch im Rahmen der Lehrmittelfreiheit eine Erstattung durch den Freistaat.

Frau Urmetzer führt weiter aus, dass ebenfalls ein **neues Schulverwaltungsprogramm** in Betrieb genommen werden soll. Es wurde vorab von Herrn Albert überprüft, inwieweit die Hardware verwendet werden kann. Hierbei wurde festgestellt, dass bis auf einen Laptop alles verwendet werden kann. Die Kosten für die Installation zuzüglich Anschaffung eines Laptops werden sich auf ca. 1.500 EUR belaufen.

Das Programm soll bereits im Mai zum Einsatz kommen, damit die Datenübertragungen noch in diesem Schuljahr erledigt werden können.

GR Jürgen Großmann möchte wissen, ob diese Software auch gekauft werden muss.

Frau Urmetzer antwortet, dass dies inklusive der erforderlichen Updates seitens des Freistaates zur Verfügung gestellt wird. Die Schule muss lediglich für den Anschluss und die Hardware sorgen.

Als weiteres wäre noch die Nutzung der Außensportanlage anzusprechen. Hier wäre ein Zeitplan bezüglich der Möglichkeiten an der Kultur- und Sporthalle sehr gut.

Frau Zeier greift das Thema Außenanlage ebenfalls auf und sieht dies ebenfalls als bestehenden Punkt auf der Agenda.

Sie verweist auf die seit Jahren erforderliche Renovierung des Werkraums. Im kommenden Schuljahr steht ein Fachlehrerwechsel an. Auch aus diesem Grunde sollten dringend die notwendigen Standards erfüllt werden.

Als weiteren Punkt erläutert **Frau Zeier**, dass in verschiedenen Klassenzimmern neue Tafeln angeschafft werden müssten. Hier gibt es jedoch Überlegungen, keine Tafeln mehr anzuschaffen, sondern Dokumentenkameras. Mit einem entsprechenden Beamer können dann die eingescannten Unterrichtsdokumente projiziert werden. Die Erfahrung mit dem bereits genutzten Whiteboard ist bislang sehr gut. Der Ersatz von defekten Tafeln und veralteten Overheadprojektoren sollte in neuen elektronischen Geräten erfolgen. Es sollte auch darüber nachgedacht werden, in jedem Klassenraum einen PC oder Laptop zu installieren.

Dies bringt eine Erleichterung, da keine gesonderten Folien mehr erstellt werden müssen, ebenso kann eventuell auch auf einen Teil der Anschaffung von neuen Büchern verzichtet werden.

Die Kosten hierfür würden sich pro Klassenzimmer auf ca. 890 EUR für Beamer und Kamera belaufen. Natürlich gibt es ständig Neuerungen und eine Endlösung wird es nicht geben. Es wird jedoch für einen fortschrittlichen Unterricht vorgeschlagen, einen Anfang in diesem Medienbereich zu ermöglichen.

Künftig soll auch die Berufsorientierung an der Mittelschule im Vordergrund stehen. Ab der 5. Klasse wird dies zwingend erfolgen.

Bereits im letzten Jahr war für die 7. Klasse die Firma Albert, Maler und Tüncher, die Firma Albert, Betonbau und die Firma Baumann, Fliesen, jeweils eine Woche für den Praxisunterricht in der Schule. Dieses Angebot soll noch weiter ausgebaut werden. Sie weist darauf hin, dass für diese Firmen die Stundenlöhne und Materialkosten gezahlt werden müssen. Zur Finanzierung wird wegen Zuschüssen nachgefragt. Die Motivation der Schüler hierbei ist sehr gut.

Diese Aktion wird anstelle des Besuchs beim GbF angeboten, da diese Woche der Praxisanleitung nicht das gewünschte Ergebnis zeigt.

GR Susanne Zellner möchte wissen, wie hoch die Kosten für die Anschaffung eines Whiteboard sind.

Frau Zeier antwortet, dass sich diese komplett auf 4.000 EUR beläuft.

3. Bgm. Horst Hock fragt, ob die Anschaffung eines Whiteboards oder einer Kamera bevorzugt wird.

Frau Zeier ist der Ansicht, dass dies auch vom jeweiligen Lehrer abhängig ist. Jüngere Lehrer sind mit den neuen Medien besser vertraut als ältere. Sie stellt sich hier eine Kombination der Möglichkeiten vor. Die Entwicklung wird immer mehr zu den neuen Medien gehen.

Bgm. Andreas Zenglein schlägt vor, dass hierzu ein Konzept erstellt werden sollte. Es sollte mitgeteilt werden, wie viele Klassenzimmer umgerüstet werden sollen.

3. Bgm. Horst Hock möchte wissen, wie viele Klassenzimmer insgesamt davon betroffen wären.

Frau Zeier erklärt, dass es sich um 8 Klassenzimmer handelt.

Bgm. Andreas Zenglein sieht bei Anschaffungskosten von ca. 800 EUR und nochmals ca. 800 EUR für Anschlusskosten die Möglichkeit, dies schrittweise zu realisieren. Es muss jedoch auch vorher geprüft werden, inwieweit die Installation hierzu möglich ist.

GR Peter Amrhein schlägt vor, einen Elektroplaner mit einzubeziehen.

GR Hans Georg Seitz geht nach seiner Recherche davon aus, dass sich das Budget der beiden Schulen auf 40.000 EUR beläuft. Aus dem Jahr 2015 sind sicherlich noch Mittel vorhanden, die entsprechend übertragen werden können.

Bgm. Andreas Zenglein ist der Meinung, dass eventuell in diesem Jahr dann durchaus 3 Klassenzimmer ausgestattet werden können. Es könnte der Elektroplaner Schächtele, der derzeit in der Kultur- und Sporthalle die E-Planung durchführt, hinzugezogen werden, um die Anschlussmöglichkeiten zu prüfen. Dies wird ein Kostenaufwand von ca. 6.000 EUR sein.

Nach seiner Kenntnis wurden bei der Durchführung der Brandschutzmaßnahmen die entsprechenden Verkabellungen bereits eingebaut. Dies sollte geprüft werden.

Für die entsprechenden Anschaffungen sollte dann eine Ausschreibung erfolgen.

Die beiden Schulleiterinnen bedanken sich für die gute Zusammenarbeit und verabschieden sich.

Zur weiteren Diskussion des Haushaltsplanes führt **Kämmerer Thomas Wenzel** aus, dass im laufenden Unterhalt 20.000 EUR zusätzlich für die Arbeiten im Dorffriedhof eingestellt wurden.

Des Weiteren liegen die Zahlen und Kalkulationen des Abwasserverbandes vor, die mit eingearbeitet wurden. In den Jahren 2017/18 sind laut Eigenüberwachungsverordnung die nächsten Befahrungen des Ortskanals erforderlich.

3. Bgm. Horst Hock fragt nochmals wegen der Wegesanierung im Waldfriedhof nach. Dies hat er ebenfalls in der letzten Sitzung angesprochen. Hier sind sehr viele Wege und Leistensteine, vermutlich durch die Geräte und Fahrzeuge der Bestattungsunternehmen, in sehr schlechtem Zustand.

Kämmerer Thomas Wenzel ist der Meinung, dass diese Arbeiten mit dem Bautrupps abzuklären sind. Die Kosten hierfür sieht er als laufenden Unterhalt der Friedhöfe an.

3. Bgm. Horst Hock schlägt vor, die Bestattungsunternehmen bei Beschädigungen von Randsteinen in Regress zu nehmen. So wurden zum Beispiel die Grabgebühren für Wahlgräber erhöht, hier in diesem Bereich muss aber auch dringend nach den Wegen geschaut werden.

Kämmerer Thomas Wenzel macht den Vorschlag, dass der Unterhalt für Friedhöfe um 10.000 EUR erhöht wird. Somit können streckenweise entsprechende Ausbesserungsarbeiten erledigt werden.

Im Rahmen der weiteren Diskussion zu den Arbeiten der Bestatter erklärt **GIB Friedrich Englert**, dass bei Beauftragung nur eines Bestatters für die Erdarbeiten, eine Ausschreibung erforderlich sein wird, wenn dies gewünscht wird.

Kämmerer Thomas Wenzel erklärt, dass das Öffnen und Schließen einer Grabstätte die hoheitliche Aufgabe einer Gemeinde sei. Mittlerweile gibt es ein Bestattungsunternehmen, welches diese Arbeiten nicht mit eigenem Personal und Geräten erledigen kann. In diesen Fällen ist die Gemeinde für diese Arbeiten zuständig und der Bautrupp hat dies bereits zweimal erledigt.

GIB Friedrich Englert ergänzt, dass in der Friedhofsatzung festgelegt ist, dass der jeweilige Bestatter diese Aufgaben erledigt.

Bgm. Andreas Zenglein schlägt vor, dass Gartenbautechniker Franz Staab für die Aufarbeitung der Wege und die Austausch- bzw. Reparaturarbeiten an den Rabatten eine Prioritätenliste erstellen soll. Diese sollte dann abgearbeitet werden.

Antrag der SPD-Fraktion zum Jugend- und Vereinsheim

GR Susanne Zellner verliest den Antrag der SPD-Fraktion. Es sollen in diesem Jahr für Planungskosten 25.000 EUR eingestellt werden. Für die Jahre 2017 und 2018 jeweils 150.000 EUR für erforderliche Investitionen.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass bereits 20.000 EUR Planungskosten für die Gestaltung des Ortszentrums eingeplant sind. Es liegen für die Gestaltung des Areals „Alte Schule“ und „altes Feuerwehrhaus“ bereits zwei Planungsvorschläge vor. Weitere Planideen wurden ebenfalls noch angemeldet. Nach seiner Ansicht sollten das Jugend- und Vereinsheim in diese Planung mit einbezogen werden.

Er schlägt vor, dass eine Sondersitzung des Gemeinderates stattfinden sollte, um diese drei Entwürfe von den Planern vorstellen zu lassen. Als Termin nennt er den Samstag, 16.04., Beginn um 9:00 Uhr mit anschließendem Mittagessen.

GR Hans Georg Seitz schlägt vor, den Antrag der SPD-Fraktion mit in den Haushalt aufzunehmen, wenn das Geld nicht benötigt wird, dann ist dies auch in Ordnung.

GR Jürgen Großmann stellt fest, dass bereits 20.000 EUR für Planungskosten eingestellt wurden. Er ist der Meinung, dass das Gesamtareal betrachtet werden sollte.

GR Susanne Zellner hat Bedenken, dass bei dem Suchen nach dem Gesamtkonzept dies wieder Verzögerungen mit sich bringt und eine Lösung sehr lange dauert.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass bei den Planern die Ideen der Gemeinde in Bezug auf einen Mehrzweckraum für ca. 200 Personen mit entsprechenden Nebenräumen, Räumen für die Jugendarbeit, eventuell die Möglichkeit für Seniorenwohnanlagen, Freiflächen und auch evtl. eine Erweiterung des Rathauses mit einbezogen werden sollten.

GIB Friedrich Englert führt aus, dass zu Beginn der 1990er Jahre bereits über eine Erweiterung des Rathauses gesprochen wurde. Die Voraussetzungen waren hier jedoch gänzlich anders, da zu diesem Zeitpunkt noch die Feuerwehr mitten in diesem Areal war.

3. Bgm. Horst Hock sieht die Notwendigkeit einer Überplanung des gesamten Bereichs. Die CSU-Fraktion ist daran interessiert, ähnlich wie im Bürgerhaus in Dörmorsbach, eine Lösung, die in der Mitte des Dorfes liegt, zu realisieren. Er sieht es als wichtig an, dass die Planungskosten hierfür eingestellt werden, damit nicht zu viel Zeit vergeht. Die Investoren haben sicherlich ihre eigenen Ideen. Das sollte alles noch diskutiert werden. Er ist der Meinung, dass nicht erst im Jugendhaus Geld investiert werden soll, eventuell geschieht dann wieder nichts Weiteres.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass die drei Investoren bzw. Planer in Zusammenarbeit mit Herrn Müller ein Konzept erarbeiten sollten.

GR Hans Georg Seitz informiert, dass 30-40 Pflegeplätze für den Betreiber eines Pflegeheims zu wenig sind. Es sollten 80 Pflegeplätze sein, damit sich dies rechnet.

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass laut Aussage von Frau Jakob, Seniorenbeauftragte des Landratsamtes, festgestellt wurde, dass in Haibach aktuell 35 Pflegeplätze erforderlich wären. Der Bedarf an Tagespflegeplätzen nimmt jedoch zu.

GR Hans Georg Seitz sieht diese Information nicht als Maßstab an. Haibach hat 8.500 Einwohner, da werden 40 Plätze nicht reichen.

3. Bgm. Horst Hock stellt fest, dass die Kurzzeitpflege sicherlich in Haibach sehr notwendig ist.

Bgm. Andreas Zenglein vertritt die Auffassung, dass die Gemeinde bei einem Investor sicherlich die erforderlichen Räumlichkeiten anmieten kann. Die eigentliche Nutzung des Geländes bzw. die Vorschläge hierzu sollten jedoch erst abgewartet werden.

3. Bgm. Horst Hock schlägt nun vor, dass ein Betrag in Höhe von 35.000 EUR zu dem Punkt Planungskosten eingestellt werden sollen. Es sollten jedoch unabhängig davon der Bereich Nebenausgangstür und Notausgang im Jugendhaus den Anforderungen angepasst werden. Im Jahr 2016 sollten die Weichen für die weitere Vorgehensweise gestellt werden. Die Vorstellungen bezüglich einer Tiefgarage gehören auch dazu.

GR Hans Georg Seitz sieht jedoch keinen Zusammenhang mit dem Antrag der SPD-Fraktion und der Gestaltung des Ortskerns.

Es besteht Einverständnis für Planungskosten einen Betrag von 35.000 EUR bereitzustellen.

Zaunanlage Kunstrasenplatz

GR Peter Amrhein fragt, wofür der Kostenansatz in Höhe von 23.000 EUR vorgesehen ist.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass eine Zaunanlage am Kunstrasenplatz mit ca. 14.000 EUR kalkuliert wurde. Der Restbetrag ist für eventuell anfallende Ergänzungen vorgesehen.

Arbeiten am Rathaus

GR Susanne Zellner möchte noch wissen, ob eventuell der Einbau eines Aufzuges für das Rathaus vorgesehen ist.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass dies ebenfalls bei einer Erweiterung in Frage kommen wird.

Zum weiteren Verlauf der Haushaltsberatungen besteht Einverständnis, dass die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 02.03.2016, wie vorgesehen, stattfinden wird.

4. Allgemeines

**Bgm. Andreas Zenglein informiert:
Industriestraße Ost 22 – Unterkunft
Asylbewerber**

Bezugnehmend auf die Aktion, die in der Nacht zum 17. Februar dort stattfand, wurden heute 12 Personen durch die Polizei in getrennte Unterkünfte in gesamt Unterfranken verteilt.

Es handelt sich um die 5 Männer, die diese Aktion ausgeführt haben und um weitere 7 Männer, die wohl mit diesen sympathisiert haben.

Es gab wohl die berechtigten Bedenken, dass weitere Protestaktionen in dieser Unterkunft geplant waren. Nachdem dies bekannt wurde, hat das Landratsamt gemeinsam mit der Polizei in einer Telefonkonferenz diese Umverteilung durchgeführt.

Nachdem sich zwei Männer geweigert haben, die Unterkunft zu verlassen, musste die Polizei tätig werden.

Derzeit sind in der Industriestraße 92 Männer untergebracht.

Bei einer heutigen Dienstbesprechung bei der Polizeiinspektion Aschaffenburg wurde über die gesamte Ermittlung und den Sachverhalt informiert.

Mittlerweile besteht auch die Möglichkeit, dass die Männer mit einem Antrag das „Verlegen“ aus dieser Unterkunft beantragen können, wenn sie 10 Wochen dort untergebracht sind. Des Weiteren werden seit neuestem vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Interviewtermine im Haus 3 als Aushang bekannt gemacht.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **06.07.2016** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Verwaltungsangestellte

SITZUNG

des
HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSSES

Sitzungstag: Mittwoch, 2. März 2016
Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 21:20 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	

Abwesend:

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Friedrich Englert		
Silvia Reiling		
Thomas Wenzel		

Tagesordnung

Haupt- und Finanzausschuss

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift
3.	Fortsetzung der Haushaltsberatung 2016
4.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 10 geladenen Ausschussmitgliedern alle erschienen sind, der

Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Die Protokolle der Sitzungen vom 29.01. und 25.02.2016 wurden veröffentlicht. Die

Genehmigungen hierzu erfolgen in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanz-ausschusses

3. Fortsetzung der Haushaltsberatung 2016Sachverhalt:

Bgm. Andreas Zenglein führt aus, dass der geplante Haushaltsentwurf für das Jahr 2016 bereits in zwei Sitzungen vorberaten wurde. Heute werden nochmals die wichtigsten Punkte hierzu diskutiert. Zum Punkt Steuern wird seitens der Verwaltung eine Erhöhung der Grundsteuer A und B als wichtig angesehen. Dies wurde bereits ausführlich dargelegt und diskutiert.

Stand 20.000 EUR sein und im Jahr 2018 sogar 2,2 Mio EUR.

Die Rechnungen für die Sanierungsmaßnahme in der KUS werden ständig angewiesen. Ebenso sollte daran gedacht werden, dass die OV-Straße - 1. BA - bis Ende 2016 fertig gestellt sein sollte.

3. Bgm. Host Hock gibt zu bedenken, dass auch bereits ein Investitionsrückstau besteht, der aufgearbeitet werden muss.

3.1. Anhebung der Grundsteuer A und B

3. Bgm. Horst Hock erklärt, dass die CSU-Fraktion sich für die Anpassung der Steuersätze nach der Nivellierung ausspricht.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass zumindest die begonnenen Projekte beendet werden sollten, bevor neue in Angriff genommen werden.

3.2. Schuletat

GR Hans Georg Seitz erklärt, dass die SPD-Fraktion diese Erhöhungen als nicht erforderlich ansieht, da wir eine sehr gute Kassenlage haben.

GR Hans Georg Seitz fragt zum Schuletat, wie die Renovierungen vorangehen.

GR Jürgen Goldhammer sieht dies ähnlich und spricht sich ebenfalls gegen eine Erhöhung aus.

Hierzu erklärt **Kämmerer Thomas Wenzel**, dass im Turnus Klassenzimmer in den Ferien renoviert bzw. gestrichen werden.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass hierzu dann Gelder aus den Mitteln der Allgemeinheit aufgewendet werden müssen. Es ist nicht bekannt, wie sich der diesjährige Haushalt entwickelt, bei den vielen Vorhaben, die erledigt werden sollen.

Des Weiteren werden für die Grundschule Whiteboards angeschafft und ebenso Lehrbücher für den neuen Lehrplan außerhalb des Budgets gekauft.

Kämmerer Thomas Wenzel bemerkt, dass spätestens in 2 Jahren die Ausgaben ohnehin aus dem „Gemeinde-Säckel“ bedient werden müssen.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass die Schule den Bedarf an Whiteboards oder Kameras für ca. 3 Klassenzimmer zusammenstellt und mit Herrn Wenzel die Anschaffung abklärt.

3. Bgm. Horst Hock schlägt vor, die Anpassung wie bei den Wasser- und Kanalgebühren vorzunehmen.

GR Susanne Zellner möchte wissen, wie weit die Planung bezüglich des Werkraums ist.

GR Hans Georg Seitz ist der Meinung, dass die Gemeinde noch eine Rücklage von 1 Mio EUR hat. Hierzu erwidert **Bgm. Andreas Zenglein**, dass man an die derzeitigen geplanten Investitionen denken muss.

Kämmerer Thomas Wenzel führt aus, dass die Vorstellung, die Wand aus dem Flur zu schneiden keine Lösung darstellt, da sich hier der Fluchtweg und ein Brandabschnitt befinden. Kameras zu installieren und damit die Schüler in dem einen Werkraum zu beaufsichtigen, sind nicht gestattet.

Es werden 10-15 neue Werkbänke benötigt, ebenso werden neue Werkschränke angeschafft. Die Nutzung dieses Werkraums soll sowohl für die Grund- als auch für die Mittelschule sein.

Kämmerer Thomas Wenzel führt aus, dass im Jahre 2016 keine Kreditaufnahme vorgesehen ist, für das Jahr 2017 werden es nach derzeitigem

Bgm. Andreas Zenglein schlägt vor, dass vorhandene Möbel in neues und zum Teil höhenverstellbares auszutauschen.

3. Bgm. Horst Hock möchte wissen, ob es bei dem regelmäßigen Turnus bezüglich der Renovierungsarbeiten in den Klassenzimmern bleibt.

Kämmerer Thomas Wenzel erklärt, dass dies durch unsere Malertruppe erledigt wird, es gibt hierzu aktuell keine Anfrage der Schule. Die Maler AG hat in Zusammenarbeit mit Klaus Baumann das Streichen von 2 Klassenzimmern übernommen.

Nach Diskussion bezüglich der Anschaffung von Dokumentenkameras bzw. Whiteboards für die einzelnen Klassenzimmer erklärt **Bgm. Andreas Zenglein**, dass geprüft wurde, inwieweit die Anschlussmöglichkeit vorhanden ist. Durch den E-Planer wurde dies geprüft. Nach Aussage der Firma Schächtele ist jedes Klassenzimmer netzfähig.

Die Technik ist auch für die Lehrer schon problematisch. **Herr Zohner** ist Informatiker und kann somit auch die entsprechenden Infos an die Lehrer geben.

GR Jürgen Großmann sieht die Anschaffung von Dokumentenkameras als die bessere Wahl an.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass sich die Schule mit Herrn Wenzel in Verbindung setzen wird.

3.3. Straßenausbesserungsarbeiten

GR Jürgen Großmann führt aus, dass im Haushalt 2014 ein Betrag von 326.000 EUR, in den Jahren 2015 und 2016 jeweils 200.000 EUR vorgesehen sind. Er möchte wissen, ob dies dann für unsere Straßen ausreicht.

Kämmerer Thomas Wenzel erklärt, dass im Jahr 2014 auch noch größere Flächen und Gehsteige erneuert wurden. In 2015 und 2016 handelt es sich um reine Straßenausbesserungsarbeiten. Dies wurde mit Bauamtsleiter Martin Volk abgesprochen.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass die Arbeiten neu ausgeschrieben werden, da wir mit der Firma Holy in diesem Bereich nicht mehr zufrieden sind. Die Arbeiten im Tiefbau werden sehr gut erledigt, jedoch der Oberbau wird dann eher schlecht hergestellt.

Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Bereich Hauptstraße an der Ausfahrt zur Staatsstraße im Mai/Juni wegen Anschlussarbeiten mit einer kompl. Neuschicht überzogen wird.

Bei einer Ortsbesichtigung wurde dies festgelegt. Der erforderliche Bereich wird gefräst und im gleichen Niveau wieder hergestellt. Dies ist sehr ärgerlich, zumal die Straße erst vor 2 Jahren neu ausgebaut wurde.

Beschluss

Erhöhung der Grundsteuer A und B

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt für das Haushaltsjahr 2016 die Erhöhung der Grundsteuer A und B analog dem Nivellierungsgesetz. Die Gewerbesteuer bleibt unverändert.

Abstimmungsergebnis: ja: 9 nein: 2

4. Allgemeines

4.1. Fahrbahnmarkierungen Staatsstraße 2312

GR Hans Georg Seitz erinnert an die Erledigung dieser Arbeiten.

Bgm. Andreas Zenglein wird dies im Straßenbauamt klären.

4.2 Holzarbeiten im Seminarfond/Richtung Jägerhaus

GR Hans Georg Seitz bittet um Überprüfung des dortigen Waldweges. Er wurde durch die Holzarbeiten stark beschädigt.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass diese Arbeiten nicht durch die Gemeinde erfolgt sind. Er wird klären, wer die Holzfällungen erledigt hat.

GR Peter Amrhein stellt fest, dass die Fällungen ohnehin nur noch bis Ende März gestattet sind.

3. Bgm. Horst Hock ist der Meinung, dass sehr viele Fällungen durchgeführt wurden.

Kämmerer Thomas Wenzel antwortet, dass hier kein wertvoller Baumbestand war. Es wurde lediglich Brennholz gefällt.

Im Rahmen eines „Kulturprogrammes“ wird derzeit auch schon die Aufforstung vorbereitet.

4.3. Nebenplatz KUS

GR Jürgen Großmann möchte wissen, ob eventuell hier ein höherer Ansatz für die Personalkosten erforderlich ist.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass die Pflegegeräte für den Kunstrasenplatz hier sind und die Arbeiten begonnen werden können.

GR Jürgen Großmann fragt noch, wer die Beispielbarkeit des Platzes festlegt.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass dies durch Gartenbautechniker Franz Staab erfolgt.

4.4. Volleyplatz/Beachhandballplatz

GR Jürgen Goldhammer möchte wissen, wer diesen nutzt?

Nach seiner Kenntnis handelte es sich vor Jahren um einen Antrag des TSV Grünmorsbach. Eine entsprechende Nutzung durch den Verein ist ihm nicht bekannt.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am 06.07.2016 genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Silvia Reiling
Verwaltungsangestellte

SITZUNG
des
HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSSES

Sitzungstag: Mittwoch, 6. Juli 2016
Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 21:45 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	

Abwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	Urlaub
Tobias Rückert	Gemeinderat	

Schriftführer

Silvia Reiling		
----------------	--	--

Verwaltung

Friedrich Englert		
Silvia Reiling		
Thomas Wenzel		

Tagesordnung**Haupt- und Finanzausschuss****Öffentlicher Teil:**

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschriften vom 29.01., 25.02. und 02.03.2016
3.	Bericht der überörtlichen Rechnungsprüfung der Jahresabschlüsse 2012 - 2014
4.	Neuregelung der Unternehmereigenschaft der öffentlichen Hand - § 2b UStG
5.	Halbjahresbericht zum Haushaltsplan 2016
6.	Allgemeines
6.1.	Umstellung Wasserzähler

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

2. Bgm. Max Baumann eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 10 geladenen Ausschussmitgliedern alle erschienen sind, der Haupt-

und Finanzausschuss beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschriften vom 29.01., 25.02. und 02.03.2016

Die Protokolle der Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses vom 25.02. und 02.03.2016 werden ohne Anmerkungen genehmigt.

Das Protokoll der Sitzung vom 29.01. wird noch ins Ratsinfo eingestellt und mit Vorbehalt genehmigt.

3. Bericht der überörtlichen Rechnungsprüfung der Jahresabschlüsse 2012 - 2014**Sachverhalt:**

In der Zeit vom 11.12.2014 bis 11.12.2015 (mit Unterbrechungen) fand die überörtliche Rechnungsprüfung durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband statt. Geprüft wurden die Jahresabschlüsse der Jahre 2012 bis 2014.

Das Gesamtergebnis der Prüfung wurde in einer Schlussbesprechung am 09.12.2015 von den Prüfern Frank Schwager und Thomas Rebhan erläutert. Im Einzelnen sind folgende Textziffern zu behandeln:

TZ 1a Futterautomat Wildpark

Im gemeindlichen Wildpark sind Futterautomaten aufgestellt, bei denen zu einem Preis von 1,00 €/Packung Wildfutter erworben werden kann. Die Automaten werden von einer Bediensteten der Gemeinde geleert; Quittungen o. ä. werden von den Automaten nicht erstellt, eine Verprobung der verkauften Packungsmengen mit den abgelieferten Geldbeträgen ist nicht möglich. 2013 betrugen die Einzahlungen rd. 14 T€. Die Ein-nahmeautomaten wären so einzurichten, dass die Vorgaben der KommHV-Doppik (vgl. § 41 Abs. 3 KommHV-Doppik) erfüllt sind. Als ersten Schritt empfehlen wir, die Leerung künftig von zwei Bediensteten (Vier-Augen-Prinzip) durchführen zu lassen.

Antwort:

Seit Februar 2015 werden die Futtermittelautomaten von zwei Personen (Franz Staab, Iris Liebig) geleert. Die Leerung erfolgt mindestens einmal monatlich. Das Vier-Augen-Prinzip wird somit eingehalten.

Der Ausdruck eines Journals ist bei dieser Art von Automaten lt. Auskunft des Herstellers nicht vorgesehen. Eine Umrüstung ist ebenfalls nicht möglich.

TZ 1b Zuordnung Tilgungskonten

Die Zuordnung der Tilgungskonten entspricht noch nicht den Zuordnungsvorschriften zum Kommunalen Kontenrahmen Bayer (ZuVkommKR). Die Verwaltung hatte für die Verbuchung der gesamten Tilgungsleistungen und möglicher Umschuldungen aller Verbindlichkeiten in der Finanzrechnung zum Zeitpunkt unserer Prüfung lediglich das Konto 7927100 „Tilgung von Investitionskrediten bei Kreditinstituten / Laufzeit bis einschließlich ein Jahr“ eröffnet. Bei den Buchungen auf dem Finanzrechnungskonto waren die differenzierten Darlehenslaufzeiten systemtechnisch nicht erfasst. Von der Gemeinde ist systemtechnisch zu gewährleisten, dass die finanzstatistischen Informationsbedarfe (ursprünglich Fristigkeit, Währung, Darlehensgeber) und die haushaltsrechtlichen Vorgaben zur Tilgungsart vorgehalten werden. Diese Informationen werden auch zur sachgerechten Erstellung der Übersicht zu den Verbindlichkeiten von der Verwaltung benötigt. Auf die Bereichsabgrenzungen B und D des Kontenrahmens weisen wir in diesem Zusammenhang hin. Unsere Ausführungen gelten sinngemäß auch für die Tilgungskonten in der Vermögensrechnung.

Antwort:

Die entsprechenden Konten wurden noch während der Prüfung eröffnet und die Zahlungen entsprechend umgebucht.

TZ 1c Aktivierung von geleisteten Zuwendungen

Die Aktivierung von geleisteten Investitionsförderungsmaßnahmen als „immaterielle Vermögensgegenstände aus geleisteten Zuwendungen“ bzw. als „Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände in der Anlagenbuchhaltung und Bilanz (unter Konto 0171 bzw. 0191) ist im Finanzverfahren der Gemeinde generell mit Auszahlungskonten unter der Kontenart 783 „Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen und beweglichen

Vermögensgegenständen des Anlagevermögens“ verknüpft.

Dies hat zur Folge, dass diese Investitionszuwendungen nicht unter der Kontenart 781 „Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen“ in der Finanzrechnung dargestellt werden. Entsprechend war der Ausweis von „Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen“ unter Position 24 der Finanzrechnung unvollständig. Die „Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen“ unter der Position 22 der Finanzrechnung waren dementsprechend zu hoch dargestellt und wären entsprechend zu kürzen.

Im Übrigen wirkt sich diese fehlerhafte Zuordnung nicht auf das Gesamtergebnis der Finanzrechnung aus. Die ordnungsgemäße Kontenzuordnung wurde noch während der Prüfung für den Jahresabschluss 2014 korrekt umgesetzt.

Antwort:

Während der Prüfung umgesetzt.

TZ 1d Kosten- und Leistungsrechnung

Aufgrund ihrer tief gegliederten Produktstruktur führt die Gemeinde bislang keine Kosten- und Leistungsrechnung.

Wir weisen darauf hin, dass eine Kosten- und Leistungsrechnung gemäß § 14 Satz 1 KommHV-Doppik zur Unterstützung der Verwaltungssteuerung und für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit bei der Aufgabenerfüllung grundsätzlich für alle Verwaltungsbereiche zu führen ist.

Der Gemeinderat sollte sich zeitnah mit der Angelegenheit befassen. Die Ausgestaltung der Kosten- und Leistungsrechnung wäre durch Dienstanweisung zu regeln.

Antwort:

Eine Kosten- und Leistungsrechnung wird in den kommenden Jahren, zumindest in Teilbereichen, aufgebaut.

TZ 1e Vorräte

Wir haben während unserer Prüfung festgestellt, dass in der Gemeinde die für Kommunen typischen Vorratsbestände vorhanden sind, welche aber zum Teil noch nicht bilanziell erfasst sind (vorläufige Reisepässe und Personalausweise, Stammbücher). Diese wären noch vollständig zu erfassen und in der Vermögensrechnung auszuweisen.

Antwort:

Diese Gegenstände wurden im Laufe des Jahres 2015 erfasst und sind in der Bilanz 2015 ausgewiesen.

TZ 1f Anlagennachweis

Die Anlagenübersicht des Jahres 2012 wurde unzutreffend erstellt. Im Rahmen der Prüfung stellten wir fest, dass die Summe der Abgänge bei der Position Betriebs- und Geschäftsausstattung aufgrund eines gebuchten Teilabgangs bei der Anlage-Nr. 000072 unzutreffend ermittelt wurde. Die Ursache für die Abweichung wäre vor Ort in eigener Zuständigkeit weiter aufzuklären und ggf.

zusammen mit dem Verfahrensanbieter zu bereinigen.

Antwort:

Es handelte sich hierbei um einen Programmierfehler, welcher zwischenzeitlich vom Verfahrens-anwender behoben wurde.

Es wurden lediglich in den Zwischensummen falsche Beträge dargestellt, die Endsummen hingegen wurden richtig dargestellt.

TZ 1g Anhang zur Bilanz

Im Anhang zur Bilanz wären nach § 86 Abs. 2 Nr. 10 KommHV-Doppik die gesetzlichen oder vertraglichen Einschränkungen zu dem in der Eröffnungsbilanz ausgewiesenen Grund und Boden sowie zu Gebäuden und anderen Bauten, die sich auf deren Nutzung, Verfügbarkeit oder Verwertung beziehen, anzugeben. Die Gemeinde hatte hier bisher lediglich die mit Erbbaurechten belasteten Grundstücke angeführt. Wir weisen darauf hin, dass als vertragliche Einschränkungen neben Erbpachtverhältnissen auch Vermietungen, Leasinggeschäfte und Überlassungsvereinbarungen anzugeben wären.

Antwort:

Im Anhang zur Bilanz 2015 wurden diese Angaben bereits dargestellt.

TZ 2 Gebührenbedarf der Bestattungseinrichtungen

Die Gemeinde betreibt vier Friedhöfe als eine öffentliche Einrichtung. Die Benutzungsgebühren für die Friedhöfe und die Leichenhallen wurden 2009 um pauschal 3 % erhöht, im Rahmen der Haushaltsberatungen 2014 erfolgte eine weitere pauschale Anpassung bei einzelnen Positionen. Der Kostendeckungsgrad lag in den Berichtsjahren zwischen rd. 35 % (2014) und rd. 43 % (2013). Insgesamt betrugen die Fehlbeträge im Berichtszeitraum rd. 448 T€.

Laut einer Berechnung der Verwaltung für den Haushalt 2014 läge eine kostendeckende Gebühr beispielsweise für ein Einzelreihengrab bei 64,66 €/Jahr oder für ein Familiengrab bei 193,97 €/Jahr. Festgesetzt wurden bislang 26,50 €/Jahr bzw. 79,80 €/Jahr.

Das Bestattungswesen zählt zu den Einrichtungen, bei denen grundsätzlich Kostendeckung anzustreben ist. Wir empfehlen der Gemeinde, den Gebührenbedarf zu ermitteln und über eine Anpassung der Gebühren zu entscheiden. Zur Kalkulation und Bemessung von Leistungsgebühren im Bestattungswesen verweisen wir im Übrigen auf die Hinweise in unseren Geschäftsberichten 2005 und 2014.

Antwort:

Die Friedhofsgebühren werden jedes Jahr neu kalkuliert und im Rahmen der Haushalts-beratungen diskutiert.

Zuletzt wurden die Friedhofsgebühren zum 01.01.2015 angepasst (ca. 10%).

Derzeit beträgt die Gebühr für ein Einzelreihengrab 30,00 €/Jahr (kostendeckend 61,03 €/Jahr) und für ein Familiengrab 85,00 €/Jahr (kostendeckend 183,08 €/Jahr).

Eine vollkommene Kostendeckung ist bei den Friedhofsgebühren wohl nicht zu erreichen und auch nicht erwünscht, da den Friedhöfen teilweise auch ein parkähnlicher Charakter zukommt.

TZ 4 Angemessenheit der Mieten für gemeindliche Wohnungen

Die Gemeinde ist Eigentümerin von mehreren Wohneinheiten sowie Nutz- und Lagerräumen, die nicht der Preisbindung unterliegen. Die Mieten für die Wohnungen variieren je nach Lage und Zustand.

Nach den vorgelegten Unterlagen erfolgte bei vielen Wohnungen (z. B. Ringwallstraße, Zum Stadion, Schulstraße) die letzte Mietanpassung durch Beschluss des Haupt- und Finanz-ausschusses vom 28.11.2001 zum 01.04.2002.

Die Gemeinde ist aufgrund des Art. 75 Abs. 2 Satz 1, Abs. 1 GO gehalten, grundsätzlich eine marktübliche Miete zu fordern. Die ortsübliche Miete sollte festgestellt und die Mieten ggf. nach Maßgabe der §§ 558 ff. BGB angepasst werden. Ein Verzicht auf die Ausschöpfung der zulässigen Ansätze nach Art. 75 Abs. 2 Satz 2 GO kommt nur aus besonderen sozialen Gründen in Betracht. Zweckmäßigerweise sollten entsprechende Kriterien und ihre Gewichtung für die Auswahl der Mieter und den Umfang der Abweichung vom „vollen Wert“ durch das zuständige Organ festgelegt werden. Die Gründe müssten nachvollziehbar dokumentiert werden.

Antwort:

Die Feststellung der ortsüblichen Miete ist kaum möglich, da kein Mietspiegel existiert. Bei einem Mieterwechsel werden die Mieten neu festgelegt. Bei den angeführten Wohnungen Ringwallstraße und Zum Stadion handelt es sich um die Hausmeisterwohnungen für Schule bzw. Kultur- und Sporthalle. Diese Wohnungen sind wohl nicht mit „normalen“ Wohnungen zu vergleichen, da eine Beeinträchtigung der Wohnqualität durch die Nutzung der Einrichtungen vorgegeben ist. Eine „volle Miete“ dürfte deshalb nicht gerechtfertigt sein.

TZ 5a Erschließungsbeitragssatzung

Wir empfehlen, im Interesse der Rechtsklarheit und der Refinanzierbarkeit beitragsfähiger Aufwendungen den „gemeinsamen Geh- und Radweg“ ausdrücklich in § 2 EBS, der Art und Umfang der beitragsfähigen Erschließungsanlagen regelt (vgl. auch § 132 Nr. 1 BauGB), aufzunehmen. Dies ist darüber hinaus von Bedeutung, wenn sich ein Erschließungsträger verpflichtet, die im Bebauungsplangebiet vorgesehenen Erschließungsanlagen i. S. von § 2 EBS auf seine Kosten herzustellen oder herstellen zu lassen.

Antwort:

Satzung wird entsprechend geändert.

Auszug Erschließungsbeitragssatzung

§2

(2) Zu dem Erschließungsaufwand nach Abs. 1 Nr. 1 bis Nr. V gehören insbesondere die

Kosten für

- a) den Erwerb von Grundflächen,
- b) die Freilegung der Grundflächen,
- c) die erstmalige Herstellung des Straßenkörpers einschließlich des Unterbaues, der Befestigung der Oberfläche sowie notwendiger Erhöhungen oder Vertiefungen,
- d) die Herstellung von Rinnen sowie der Randsteine,
- e) die Radwege,
- f) die Bürgersteige,
- g) die Beleuchtungseinrichtungen,
- h) die Entwässerungseinrichtungen der Erschließungsanlagen,
- i) den Anschluss an andere Erschließungsanlagen,
- j) die Übernahme von Anlagen als gemeindliche Erschließungsanlagen,
- k) die Herstellung von Böschungen, Schutz- und Stützmauern,

l) die gemeinsamen Geh- und Radwege.

TZ 5b Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straße

Die Gemeinde hat am 05.03.2009 die „Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicherung der Gehbahnen im Winter“ neu erlassen. Sie gilt gemäß § 14 Abs. 1 für 20 Jahre. Nach der Rechtsprechung des BayVGH muss eine derartige Verordnung verschiedene Anforderungen erfüllen. Grenze der Abwählbarkeit von Reinigungs- und Sicherungspflichten ist demnach die Zumutbarkeit in persönlicher und sachlicher Hinsicht. In der vorge-nannten Entscheidung hat das Gericht eine Reihe von Pflichten aufgeführt, die billigerweise von den Anliegern nicht gefordert werden können (z. B. Verpflichtung zur wöchentlichen Reinigung, vgl. § 5 Buchst. a) der Verordnung).

Wir empfehlen, die gemeindliche Straßenreinigungsverordnung zu überarbeiten. Auf die Hinweise hierzu in FSt 229/2008 und das überarbeitete Muster des Bayerischen Gemeindetages (vgl. BayGT-Zeitung 12/2009) wird verwiesen.

Antwort:

Die Verordnung wurde bereits mit Verordnung vom 24.10.2010, Mitteilungsblatt Nr. 09/2010 vom 04.03.2010 entsprechend geändert. Anscheinend lag den Prüfern zum Zeitpunkt der Prüfung diese Änderung nicht vor.

TZ 5c Friedhofs- und Bestattungssatzung

Die Friedhofs- und Bestattungssatzung enthält unter § 7 Abs. 1 die Bestimmung, dass Bildhauer, Steinmetze, Gärtner, Bestattungsunternehmen und sonstige Gewerbetreibende für ihre gewerblichen Arbeiten auf den Friedhöfen der vorherigen Bewilligung durch die Gemeinden bedürfen. Durch Erlass der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie (DLRL), die bis Ende 2009 in nationales Recht

umzusetzen war, wird u. a. das Ziel verfolgt, die für die Erbringung von Dienstleistungen bestehenden Hemmnisse generell abzubauen. Nach Art. 9 Abs. 1 DLRL muss eine förmliche Zulassung eines Gewerbetreibenden durch zwingende Gründe des Allgemeininteresses gerechtfertigt, verhältnismäßig und nicht diskriminierend sein. Mit Schreiben vom 07.12.2009 vertrat das Bayerische Staatsministerium des Innern bezogen auf kommunale Friedhofssatzungen die Auffassung, dass eine gemeindliche Genehmigung bei Gärtnern und eine nicht weiter differenzierte Ausdehnung auf „sonstige Gewerbetreibende“ nicht vertretbar erscheint. Auf die Ausführungen in FSt 116/2010 nehmen wir Bezug.

Antwort:

Eine Satzungsregelung über die gewerbliche Tätigkeit auf dem Friedhof ist erforderlich, weil der Gewerbetreibende – auch wenn er im Auftrag der Hinterbliebenen tätig wird – nicht zum Kreis der Nutzer im Rahmen der Zweckbestimmung des Friedhofes gehört.

Es muss in der Satzung zumindest eine allgemeine Regelung über gewerbliche Tätigkeiten auf dem Friedhof enthalten sein.

Aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung kann für bestimmte Berufsgruppen eine Zulassung gerechtfertigt sein. Es handelt sich hierbei um Bildhauer, Steinmetze und Kunstschmiede, da diese auf den Friedhöfen Grabmale errichten.

Gibt der Friedhofsträger die herkömmlichen hoheitlichen Aufgaben auf dem Friedhof, wie z. B. das Ausheben und Verfüllen des Grabes auf dem Friedhof, frei, so muss er aus haftungsrechtlichen Gründen an dieser Stelle auch das Bestattungsgewerbe mit in das Zulassungsverfahren aufnehmen. Nur so ist sichergestellt, dass sach- und fachkundige wie auch zuverlässige Bestatter im Rahmen von potenziell gefährlichen Arbeiten auf dem Friedhof tätig werden.

Die Bestattungsunternehmen werden dabei rechtlich „nur“ als sonstige Gewerbetreibende bezeichnet werden können, da es sich beim Bestatter bisher nicht um einen klassischen Ausbildungsberuf handelt.

Folgende Satzungsänderung wird vorgeschlagen:

Bisher	Neu
<p>§ 7 Gewerbliche Tätigkeit auf den Friedhöfen</p> <p>(1) Bildhauer, Steinmetze, Gärtner, Bestattungsunternehmen und sonstige Gewerbe-treibende bedürfen für ihre Tätigkeit auf den gemeindlichen Friedhöfen der vorherigen Zulassung durch die Gemeinde. Die Zulassung ist schriftlich zu beantragen. Die Gemeinde kann die Vorlage der erforderlichen Nachweise verlangen.</p> <p>(2) Die Zulassung wird nur Gewerbetreibenden erteilt, die in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind. Der Antragsteller erhält einen Zulassungsbescheid, der auch als Ausweis für die Berechtigung zur Vornahme der Arbeiten (Berechtigungsschein) gilt und dem Friedhofspersonal auf Verlangen vorzuzeigen ist. Wer unberechtigt gewerbliche Arbeiten ausführt, kann vom Friedhofspersonal aus den Friedhöfen verwiesen werden.</p>	<p>§ 7 Gewerbliche Tätigkeit auf den Friedhöfen</p> <p>(1) Aus Gründen des Erhalts der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bedürfen Bildhauer, Steinmetze, Kunstschmiede und sonstige Gewerbetreibende für Ihre Tätigkeit auf den gemeindlichen Friedhöfen der vorherigen Zulassung durch die Gemeinde. Die Zulassung ist schriftlich oder im Wege der elektronischen Verfahrensabwicklung zu beantragen.</p> <p>(2) Die Zulassung nach Abs. 1 wird nur Gewerbetreibenden erteilt, die</p> <ul style="list-style-type: none"> a) in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind und b) ihre Eintragung in die Handwerksrolle bzw. ihre Eintragung in das Verzeichnis gem. § 19 Handwerksordnung nachweisen oder die selbst oder deren fachliche Vertreter die Meisterprüfung abgelegt haben oder über eine vergleichbare Qualifikation verfügen. <p>Der Antragsteller erhält einen Zulassungsbescheid, der auch als Ausweis für die Berechtigung zur Vornahme der Arbeiten (Berechtigungsschein) gilt und dem Friedhofspersonal auf Verlangen vorzuzeigen ist. Der Berechtigungsschein ist widerruflich, er kann von Bedingungen</p>

<p>(3) Durch die Arbeiten darf die Würde der Friedhöfe nicht beeinträchtigt werden; insbesondere ist auf Bestattungsfeierlichkeiten Rücksicht zu nehmen. Unter Beachtung von Satz 1 ist den zur Vornahme der Arbeiten Berechtigten die Benutzung der Friedhofswege mit geeigneten Fahrzeugen abweichend von § 6 Abs. 3 Nr. 3 im erforderlichen Maße gestattet. Nach Beendigung der Arbeiten sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen.</p> <p>(4) An Nachmittagen vor Sonn- und Feiertagen und an diesen Tagen selbst dürfen gewerbliche und ruhestörende Arbeiten in den Friedhöfen nicht vorgenommen werden. Arbeiten zur Durchführung von Bestattungen sind davon ausgenommen.</p> <p>(5) Wer unberechtigt gewerbliche Arbeiten ausführt, kann vom Friedhofspersonal aus den Friedhöfen verwiesen werden.</p>	<p>abhängig gemacht oder mit Auflagen verbunden werden. Wer ohne Berechtigungsschein im Friedhof arbeitet, kann vorbehaltlich weiterer Maßnahmen des Friedhofes verwiesen werden.</p> <p>(3) Über den Antrag entscheidet die Gemeinde innerhalb einer Frist von drei Monaten. Hat die Gemeinde nicht innerhalb der festgelegten Frist von drei Monaten entschieden, gilt die Zulassung als erteilt.</p> <p>(4) Gärtnern und sonstigen Gewerbetreibenden kann die Ausübung der gewerbsmäßigen Tätigkeit versagt werden, wenn die ordnungsgemäße Ausführung nicht gewährleistet ist oder wenn trotz Abmahnung mehrfach gegen die Friedhofssatzung oder Anordnung der Friedhofsverwaltung verstoßen wird. Ein einmaliger schwerwiegender Verstoß ist ausreichend.</p> <p>(5) Gewerbetreibende mit Niederlassung in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum, die im Inland nur vorübergehend tätig sind, haben die Aufnahme ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof anzuzeigen, Abs. 1 bis 4 sind nicht anwendbar.</p> <p>(6) Die Vorschriften des Verfahrens über einen einheitlichen Ansprechpartner und über die Möglichkeit der elektronischen Abwicklung des Verfahrens nach dem Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetz sind anwendbar (Art. 6 und 8 DLRL; Art. 71a bis 71e BayVwVfG).</p>
---	--

4. Neuregelung der Unternehmereigenschaft der öffentlichen Hand - § 2b UStG

Sachverhalt:

Im Oktober 2016 hat der Gesetzgeber das Steueränderungsgesetz 2015 beschlossen, mit dem u. a. in einem neuen § 2b UStG die Umsatzbesteuerung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (jPdöR) vollkommen neu strukturiert wird.

Mit dieser gesetzlichen Neuregelung soll eine seit Jahren bestehende Unsicherheit in der Besteuerungspraxis der öffentlichen Hand beseitigt werden.

Mit dem Wirksamwerden der gesetzlichen Neuregelung ab dem 1. Januar 2017 wird die Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand nicht mehr vom Vorliegen eines Betriebs gewerblicher Art (BgA) im Sinne der §§ 1 Abs. 1 Nr. 6, 4

Körperschaftsteuergesetz abhängig gemacht, sondern nur noch von der Entfaltung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen. In Fällen der Betätigung „jPdöR“ auf Grundlage öffentlich-rechtlicher Handlungsformen sollen Begünstigungen greifen. Insbesondere sollen bestimmte Fälle von Kooperationen „jPdöR“ untereinander zur Vermeidung nicht gewollter Umsatzsteuerbelastungen von der Umsatzbesteuerung ausgenommen werden.

Die Neuregelung tritt zum 1. Januar 2017 in Kraft. jPdöR wird jedoch die Möglichkeit gegeben, für eine Übergangszeit bis Ende 2020 für die weitere Anwendung der alten Rechtslage zu optieren. Diese

Option muss für die gesamte jPdöR einmalig und einheitlich (für den gesamten Haushalt) bis zum 31.12.2016 durch eine schriftliche Erklärung gegenüber dem Finanzamt ausgeübt werden. Diese Erklärung wiederum kann mit Wirkung vom Beginn jeden Folgejahres an (einmalig) widerrufen werden, so dass für den Steuerpflichtigen in dem Zeitraum 2017 bis 2020 faktisch ein Wahlrecht besteht, ab welchem Kalenderjahr er (dann endgültig) die Neuregelung anwendet.

Bleibt die Gemeinde gänzlich untätig, d. h. erklärt sie nicht die Option zugunsten des alten (BgA)-

Rechts bis zum 31.12.2016, findet die Neuregelung ab dem 01.01.2017 Anwendung.

Unter diesen Gesichtspunkten haben wir unseren gesamten Haushalt überprüft. Unter die neue Regelung fallen die bisher schon erfassten Teilbereiche Wasserversorgung, Forstbetrieb, Kultur- und Sporthalle, Hallenbad und Kunstrasenplatz.

Künftig wird die Regelung auch beim Jugend- und Vereinshaus, beim Bürgerhaus Dörmorsbach, der Sporthalle „Am Hohen Kreuz“ und der Benutzung des Stadions an der Kultur- und Sporthalle greifen.

In der nachstehenden Tabelle sind die Auswirkungen der Umsatzbesteuerung aufgezeigt:

Sporthalle "Am Hohen Kreuz"						
	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Umsatzsteuer	2.372,43 €	2.173,68 €	2.561,23 €	3.207,07 €	2.623,01 €	2.484,00 €
Vorsteuer	3.974,80 €	3.488,93 €	5.352,96 €	5.416,03 €	5.495,69 €	23.384,87 €
Differenz	- 1.602,37 €	- 1.315,25 €	- 2.791,73 €	- 2.208,96 €	- 2.872,68 €	-20.900,87 €
Jugendhaus						
	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Umsatzsteuer	210,95 €	131,36 €	161,12 €	227,28 €	242,03 €	157,70 €
Vorsteuer	1.490,40 €	2.012,05 €	2.042,53 €	7.714,56 €	1.341,59 €	1.232,30 €
Differenz	- 1.279,45 €	- 1.880,69 €	- 1.881,41 €	- 7.487,28 €	- 1.099,56 €	- 1.074,60 €
Bürgerhaus						
	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Umsatzsteuer	727,63 €	724,35 €	609,39 €	731,30 €	621,76 €	479,75 €
Vorsteuer	1.805,54 €	1.275,17 €	1.468,69 €	1.264,34 €	1.082,89 €	1.122,05 €
Differenz	- 1.077,91 €	- 550,82 €	- 859,30 €	- 533,04 €	- 461,13 €	- 642,30 €
Stadion						
	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Umsatzsteuer	466,36 €	472,92 €	361,85 €	422,84 €	304,16 €	335,93 €
Vorsteuer	797,25 €	1.010,08 €	842,00 €	888,57 €	985,41 €	554,37 €
Differenz	- 330,89 €	- 537,16 €	- 480,15 €	- 465,73 €	- 681,25 €	- 218,44 €

Danach würde in allen Fällen eine Umsatzsteuerrückerstattung durch das Finanzamt erfolgen.

In Anbetracht der geplanten Neuordnung der Sportanlagen und dem in den nächsten Jahren anstehenden Sanierungsbedarf der v. g. Gebäude würde sich, aus Sicht der Verwaltung, eine

Optierung auf die neue Rechtslage zum 01.01.2017 anbieten.

Kämmerer Thomas Wenzel schlägt vor, dass der Gemeinderat hierzu im Herbst einen Beschluss für das Jahr 2017 fasst. Ab dem Jahr 2021 ist die Umsetzung ohnehin Pflicht.

5. Halbjahresbericht zum Haushaltsplan 2016

Sachverhalt:

Die ersten sechs Monate des Jahres 2016 liegen nun hinter uns, und wir möchten Sie deshalb über die bisher geleisteten Arbeiten und die Entwicklung der gemeindlichen Finanzen informieren.

Auf alle Einzelheiten und bisher ausgeführten Tätigkeiten einzugehen, würde sicherlich den Zeitrahmen dieser Sitzung sprengen. Es sollen deshalb nur einige wesentliche Punkte und Entwicklungen aufgezeigt werden.

Der Haushalt 2016 wurde in der Gemeinderatssitzung vom 16.03.2016 verabschiedet.

Mit Schreiben vom 13.04.2016 hat das Landratsamt Aschaffenburg hierzu Stellung genommen. Der Haushalt enthält keine genehmigungspflichtigen Bestandteile.

Im Ergebnishaushalt belaufen sich die ordentlichen Erträge auf

14.881.900 €

die ordentlichen Aufwendungen auf

14.526.900 €

und das Finanzergebnis auf

-32.000 €.

Daraus errechnet sich ein Saldo (Jahresergebnis) von 323.000 €.

Die Erträge aus der Grundsteuer A liegen derzeit im Rahmen des veranschlagten Betrages von 3.200€.

Bei der Grundsteuer B ist momentan ein Plus von ca. 10.000 € zu verzeichnen (Ansatz: 830.000 € / bisheriges Soll: 840.178 €).

Die Gewerbesteuer ist im Haushaltsplan veranschlagt mit 2.100.000 €. Aufgrund größerer Steuerrückzahlungen ist davon auszugehen, dass am Jahresende eine Summe von 1,2 Mio. € zur Verfügung steht.

Für den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer liegt bisher nur das Ergebnis des ersten Quartales vor.

Die Beteiligung beläuft sich derzeit auf 1.432.600 € (Vorjahr: 1.375.997 €). Dies entspricht 25,73 % des vom Statistischen Landesamt geschätzten Gesamtaufkommens.

Aufgrund der Daten der Steuerschätzung ist davon auszugehen, dass der Haushaltsansatz von 5.550.000 € erreicht werden könnte.

Auf den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer sind bisher ca. 24,5% (48.400 €) des veranschlagten Betrages (197.400 €) gezahlt worden, so dass wohl auch hier das Haushaltssoll erreicht werden kann.

Die Einnahmen bei den Verbrauchsgebühren (Kanal, Wasser) liegen nur geringfügig unter den Haushaltsansätzen.

Die Auszahlungen des Jahres 2016 werden vor allem geprägt durch die beiden Maßnahmen „Bau der Gemeindeverbindungsstraße“ und „Sanierung der Kultur- und Sporthalle“.

Für den Bau der Gemeindeverbindungsstraße wurden bisher Auszahlungen von ca. 1.300.000 € geleistet.

Die Stützwände sind bis auf kleine Restarbeiten errichtet. Die Straßenentwässerung ist zur Hälfte hergestellt. Mit dem Versetzen der Bordsteine, der Herstellung des Planums und der Frostschutzschicht wurde begonnen.

Für den Radweg nach Dörmorsbach muss teilweise noch eine neue Planung erstellt werden. Teilbereiche des Radweges (Steigung) entsprachen nicht den Vorgaben für eine Gewährung von Zuwendungen durch den Freistaat Bayern.

Die Sanierung der Kultur- und Sporthalle hat heuer bisher Haushaltsmittel von 2.408.300 € verbraucht. Insgesamt wurden für die Sanierung bisher 3.522.700 € ausgegeben.

Umgebaut wurde der Eingangsbereich. Die Toilettenanlagen und die Kegelbahn im EG sind fertiggestellt. Im UG sind die Umkleidekabinen und Toiletten fast fertiggestellt.

Die Glasfassade und die Wärmedämmung werden derzeit installiert. Ab Mitte Juli beginnen die Arbeiten für Heizung, Lüftung und Beleuchtung. Die Baumaßnahmen für die Erweiterung des Bauamtes sind fast abgeschlossen.

Die Vergabe für die Anschaffung der beiden neuen Feuerwehrfahrzeuge (Drehleiter und HLF 10) ist erfolgt. Die Mitglieder der Feuerwehr waren bereits zweimal bei den Lieferfirmen Vorort um die Aufbauplanung zu besprechen. Im Wildpark wurde ein neues Gehege für Gänse errichtet.

Der Umbau des Kindergartens in Grünmorsbach ist beendet. Der Verwendungsnachweis wurde der Regierung von Unterfranken vorgelegt.

Das VOF-Verfahren für den Hort wurde begonnen. Aufgrund des umfangreichen Ausschreibungsverfahrens für die Architektenleistungen wird sich der vorgesehene Bau-beginn wohl nicht realisieren lassen.

Die Arbeiten für die Sanierung der Großmannstraße inkl. der Wasser und Kanalleitung von der Ebenungstraße bis zur Einmündung Großmannstraße wurden ausgeschrieben.

Die Hochwasserfreilegung im Bereich Schellenmühle wurde fertiggestellt. Der finanzielle Anteil der Gemeinde wurde an die Stadt Aschaffenburg überwiesen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass ein Großteil der im Haushalt vorgesehenen Maßnahmen begonnen wurden bzw. teilweise bereits durchgeführt sind.

6. Allgemeines**6.1. Umstellung Wasserzähler****Sachverhalt:**

Die Fa. Kamstrup hat im Frühjahr einen neuen Wasserzähler vorgestellt. Dieser Zähler hat kein herkömmliches Zählwerk mehr. Die Messung der Durchflussmenge erfolgt mittels Ultraschalltechnologie. Die Zähler verfügen außerdem über die Möglichkeit der Fernablesung.

Dadurch kann der Verwaltungsaufwand erheblich reduziert werden. Es entstehen keine Erfassungsdifferenzen und die Zählerstände können Tag genau erfasst werden. Weiterhin entfällt das Versenden und Scannen von Ablesekarten.

Nach Auskunft des Herstellers könnten alle Zähler innerhalb von zwei Tagen abgelesen werden. Es wäre zunächst eine Investition von ca. 220.000€ erforderlich.

Eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zeigt allerdings, dass sich dieser Betrag in einem recht kurzen Zeitraum amortisiert und über einen Zeitraum von 15 Jahren sogar erhebliche Einsparungen mit sich bringt.

GR Peter Amrhein möchte wissen, ob diese Auslesungen von jedem gemacht werden kann.

GR Jürgen Großmann möchte wissen, wie hoch die Software-Kosten hierfür sind.

3. Bgm. Horst Hock spricht sich gegen die Einrichtung eines Pilotprojektes aus.

Kämmerer Thomas Wenzel informiert nochmals über die enorme Wirtschaftlichkeit des Verfahrens.

GR Hans Georg Seitz sieht den Vorteil darin, dass ein positiveres Ergebnis durch ein besseres Ausleseergebnis vorgelegt wird.

Kämmerer Thomas Wenzel sieht eine Steigerung von 1 % in den Ablesedaten auch als ein Plus von 18.000 EUR in den Gebühren.

Nach weiteren Diskussionsbeiträgen wird vorgeschlagen mit der Umrüstung noch abzuwarten. Es sollten hierzu noch mehr Erfahrungen eingeholt werden.

Kämmerer Thomas Wenzel ist der Meinung, dass dieses Ableseverfahren bzw. die intelligenten Zähler sicherlich kommen werden.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **19.10.2016** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Silvia Reiling
Verwaltungsangestellte

SITZUNG

des

HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSSES**Sitzungstag: Mittwoch, 19. Oktober 2016**

Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:00 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
---------------------------	-----------------	---

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	

Abwesend:

Schriftführer		
Reiling Silvia		

Verwaltung		
Friedrich Englert		
Thomas Wenzel		
Anja Züchner		

Tagesordnung**Haupt- und Finanzausschuss****Öffentlicher Teil:**

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 06.07.2016
3.	Mitteilungsblatt der Gemeinde Haibach, Erhöhung der Druckkosten
4.	Festsetzung der Kanalgebühren für das Jahr 2017
5.	Festsetzung der Wassergebühren für das Jahr 2017
6.	Festsetzung von Steuern, Gebühren, Beiträgen und sonstigen Abgaben für das Haushaltsjahr 2017
7.	Neuregelung der Unternehmereigenschaft der öffentlichen Hand - § 2b UStG
8.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 10 geladenen Ausschussmitgliedern alle erschienen sind, der

Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 06.07.2016

Das Protokoll der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.07.2016 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Mitteilungsblatt der Gemeinde Haibach, Erhöhung der Druckkosten**Sachverhalt:**

Die Firma Beister Software hat mit Schreiben vom 28.06.2016 angekündigt, dass der jetzige Abonnenten- und Anzeigenpreis aufgrund verschiedener Kostensteigerungen nicht gehalten werden kann. Die Gründe hierfür sind in dem Schreiben vom 28.6.2016 genannt.

Bei einer Steigerung des Abonnentenpreises wird mit Kündigungen gerechnet. Eine Erhöhung der Anzeigenpreise führe wahrscheinlich zu einem Rückgang der Anzeigenkunden.

Die Firma Beister bittet, folgende

Finanzierungsoptionen zu prüfen:

- ☐ Kostenbeteiligung der Kirchen für ihre Veröffentlichungen (wie vor 2005)
- ☐ Anpassung der Kosten für die Internetseite der Gemeinde Haibach auf eine marktübliche Höhe
- ☐ teilweise Berechnungen der gemeindlichen Veröffentlichungen mit gesonderten Konditionen.
- ☐ Kostenbeteiligung der Gemeinde bei der Finanzierung der APPs.

Die Firma Beister hat zur Deckung des Fehlbedarfes von rd. 8000 € verschiedene Vorschläge unterbreitet (siehe Anlage).

Aus Sicht der Verwaltung ist eine Kostenbeteiligung der Gemeinde nur denkbar über einen Seitenpreis bei mehrseitigen Veröffentlichungen eines Beitrages (z.B. komplette Satzung), wenn diese über mehrere Seiten geht (z.B. ab 3. Seite), eine weitere Kostenbeteiligung wäre denkbar für die Internetkosten; diese sollte aber genauer beziffert werden.

Eine Kostenbeteiligung der Kirchen wurde noch nicht geprüft, zumal in den ähnlich gestalteten Mitteilungsblättern von Bessenbach und Waldaschaff eine Kostenbeteiligung der Kirchen (und auch der Gemeinde für den amtlichen Teil) nicht erfolgt. Der Betreiber dieser Mitteilungsblätter stellt aber auch keine Internetplattform für die Gemeinde zur Verfügung.

Die von der Firma Beister genannten APPs werden landkreisweit zur Verfügung gestellt, nicht nur für die Gemeinde Haibach. Somit kann für dieses Angebot keine Kostenbeteiligung erfolgen.

Preisvergleiche (derzeit):

	Beister	Mediaatrium
Abonnement	26,00 €	24,00 €
Anzeige netto	160,17 €	158,56 €

Herr Beister führt aus, dass z.B. die Homepage der Gemeinde Haibach sehr aktuell geführt werden kann. Vereinsmitglieder können selbst Nachrichten und Informationen eingeben. Diese gehen dann 1:1 zum Printmedium.

Seit dem Jahr 2005 bezahlen die Kirchen keine Druckkosten für das Mitteilungsblatt. Bei einem Gespräch mit den beiden Pfarrern bestand „keine Begeisterung“, dass die kirchlichen Nachrichten nun bezahlt werden sollen. Eventuell wird dort nach anderen Kanälen zur Veröffentlichung gesucht.

Die Firma Beister hat die Erstellung des Amtsblattes mit Begeisterung übernommen. So werden alle Bürger erreicht. Mittlerweile geht der Trend vom Papiermedium eher in die elektronische Nutzung. Selbst hier im Gemeinderat liegen Tablets, um immer auf dem aktuellen Stand zu sein.

Bgm. Andreas Zenglein betont, dass die Firma Beister sich in den Jahren der Zusammenarbeit immer als zuverlässiger Partner ausgezeichnet hat. Eventuell sollte nochmals in den Fraktionen beraten werden, um eine Lösung zu finden.

Herr Beister erklärt, dass die Erhöhung ab Januar 2017 erforderlich ist.

GR Andreas Hein sieht die Kombination von Mitteilungsblatt und Internetseite als wichtig an. Die Informationen können durch eine zentrale Eingabe erfolgen. Er möchte wissen, welche Kosten der Gemeinde hierfür entstehen.

GR Peter Amrhein führt aus, dass die Firma Beister alle Vereine ausreichend über die Nutzung der Homepage informiert hat und entsprechende Seminare angeboten wurden. Die Vereine können so schnell ihre Nachrichten verbreiten.

GR Jürgen Goldhammer erklärt, dass zu Beginn der Verhandlungen vereinbart wurde, dass die Gemeinde nur bei Veröffentlichungen von z. B. Haushaltstexten einen Anteil bezahlt.

GR Susanne Zellner stellt fest, dass alle sehr zufrieden sind mit dem Angebot der Firma Beister. Alles ist perfekt – hier muss eine Lösung für beide Seiten gefunden werden. Der Jahresbeitrag sollte überschaubar bleiben. Die Fraktionen sollten sich hierzu Gedanken machen und in der nächsten Sitzung einen Beschluss fassen.

GR Jürgen Goldhammer schlägt vor, die Möglichkeiten des Internets noch auszubauen. Gegebenenfalls sollte der Obolus der Gemeinde geprüft werden.

3. Bgm. Horst Hock findet das Medium Papier nach wie vor wichtiger als das Internet. Es ist jederzeit griffbereit und bietet einen schnellen Zugriff. Wenn nun die Gebühren für die Bürger erhöht werden, dann bringt dies eventuell weniger Kunden. Er sieht somit auch eine „Bestrafung“ der Abonnenten. Alles kostenlos

zu halten, geht auf die Dauer nicht. Die Anzeigen der Gewerbetreibenden zahlen so die Nachrichten der Kirchen und Vereine mit. Es sollte eine Kostenbeteiligung der Gemeinde geprüft werden.

GR Toni Stahl ist der Meinung, dass alle Kosten ansteigen. Eine mäßige Erhöhung um 2,00 EUR für die Abonnenten sowie eine Kostenbeteiligung durch die Gemeinde sollte geprüft werden.

GR Andreas Hein ist ebenfalls der Meinung, dass sich die Gemeinde zumindest am Aufwand für das Internet beteiligen sollte.

Bgm. Andreas Zenglein schlägt vor, dass die Firma Beister noch eine detaillierte Aufstellung für die Kosten der Internet-Präsentation vorlegt.

Eine Kostenerhöhung von 26,00 EUR auf 28,00 EUR für die Abonnenten sollte realisierbar sein. Seit dem Jahr 2008 wurden die Preise konstant gehalten.

3. Bgm. Horst Hock möchte wissen, ob dieses Modul, welches die Vereine nutzen, auch für die Kirche nutzbar ist.

Herr Beister stellt hierzu fest, dass dies ebenfalls mittels einer Schulung den Mitarbeitern der Kirchen näher gebracht werden kann.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass sowohl mit der Kirche als auch in den Fraktionen nochmals beraten werden sollte, welche Lösungen machbar sind. In der Sitzung am 09.11.2016 sollte eine Entscheidung gefällt werden.

4. Festsetzung der Kanalgebühren für das Jahr 2017

Sachverhalt:

Die Gebühreneinnahmen des Jahres 2015 belaufen sich auf 851.521,07 € und die Aufwendungen auf 748.143,73 €.

Somit errechnet sich für das Jahr 2015 eine Gebührenüberdeckung in Höhe von 103.377,34 €, welche als Vortrag in die Kalkulation für das Jahr 2017 übernommen wird.

Die Überdeckung kam im Wesentlichen dadurch zustande, dass die Betriebskostenumlage der Stadt Aschaffenburg um ca. 29.800 € und die Betriebskostenumlage des Zweckverbandes Aschafftalgemeinden um ca. 34.300 € niedriger ausgefallen sind als ursprünglich geplant. Außerdem war eine um ca. 9.000 m³ höhere Abwassermenge zu verzeichnen. Dies führte zu Mehreinnahmen von ca. 21.800 €.

Für das Jahr 2017 errechnet sich ein durch Gebühren zu deckender Aufwand in Höhe von ca. 752.300 €. Bei einer geschätzten gebührenpflichtigen Abwassermenge von 345.000 m³ errechnet sich so ein Preis von 2,18 €/m³ Abwasser. Gegenüber dem Jahr 2016 bedeutet dies eine Minderung der Gebühr um 0,20 €.

Beschluss

Die Kanalgebühren werden ab dem 01.01.2017 auf 2,18 € je Kubikmeter Abwasser fest-gesetzt.

Abstimmungsergebnis: ja: 11 nein: 0

5. Festsetzung der Wassergebühren für das Jahr 2017**Sachverhalt:****1. Nachkalkulation der Wassergebühren 2015**

Der Nachkalkulation der Wassergebühren 2015 wurden die tatsächlichen IST-Aufwendungen des Jahresabschlusses 2015 zugrunde gelegt.

Insgesamt ergaben sich Erträge in Höhe von 921.727,43 €, während sich die Aufwendungen auf 880.081,88 € beliefen. Daraus errechnet sich eine Überdeckung von 41.645,55 €, welche in das Jahr 2017 vorgetragen wird.

Insgesamt wurden 422.287 m³ (Vorjahr: 403.013 m³) Frischwasser bezogen bzw. gefördert.

Verkauft wurden jedoch nur 375.607 m³ (Vorjahr: 359.408 m³).

Daraus errechnet sich ein Wasserverlust in Höhe von 46.680 m³ (Vorjahr: 43.605 m³) oder 11,05% (Vorjahr: 10,82%).

Die Verluste in Dörmorsbach betrugen 1.393 m³ (Vorjahr: 1.063 m³) bzw. 7,24% (Vorjahr: 5,66%), während in Haibach und Grünmorsbach eine Fehlmenge von 45.287 m³ (Vorjahr: 42.542 m³) bzw. 11,24% (Vorjahr: 11,07%) zu verzeichnen ist.

2. Kalkulation Wasserpreis 2017

Aufgrund der bisher vorliegenden Zahlen und der darauf basierenden Kalkulation ist für das Jahr 2017 mit Aufwendungen in Höhe von ca. 874.500 € zu rechnen. Nach Abzug der zu erwartenden Einnahmen aus den Grundgebühren, dem Wasserverkauf an Winzenhohl, den Entgelten für die Erneuerung von Hausanschlüssen und den vermischten Einnahmen verbleibt ein durch Gebühren zu deckender Betrag in Höhe von ca. 747.400 €. Bei einer kalkulierten verkauften Wassermenge von 360.000 m³ errechnet sich ein Wasserpreis von 2,08 €/m³ bezogenem Frischwasser.

Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Minderung des Wasserpreises um 0,21 €/m³ (netto).

Beschluss

Der Wasserpreis für das Jahr 2017 wird auf 2,08 €/m³ (netto) bezogenem Frischwasser festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: ja: 11 nein: 0

6. Festsetzung von Steuern, Gebühren, Beiträgen und sonstigen Abgaben für das Haushaltsjahr 2017**Sachverhalt:**

Die Umlagekraft der Gemeinde ist von 7.411.659 € im Jahr 2016 auf 8.469.028 € (Mehrunge: 1.057.369 €) gestiegen.

Ursache hierfür sind die wesentlich höheren Einnahmen bei der Einkommensteuerbeteiligung des Jahres 2015 und die Schlüsselzuweisung des Jahres 2016.

Im Jahr 2015 haben wir keine Schlüsselzuweisung erhalten.

Der Hebesatz der Kreisumlage beläuft sich derzeit auf 41,5%. Hinweise über eine Änderung des Hebesatzes liegen bis jetzt noch nicht vor.

Daraus errechnet sich eine Kreisumlage von ca. 3.514.700 € (Vorjahr: ca. 3.075.838 €). Dies bedeutet eine Mehrunge um ca. 438.900 €.

Im Jahr 2016 betrug die Schlüsselzuweisung ca. 730.600 €.

Aufgrund der höheren Steuerkraft wird im Jahr 2017 wohl eine wesentlich geringere Schlüsselzuweisung zu erwarten sein.

Das Ergebnis 2016 bei den Gewerbesteuereinnahmen dürfte sich, soweit derzeit absehbar, auf ca. 1.400.000 € belaufen.

Im Jahr 2017 dürfte mit einem Betrag in gleicher Höhe zu rechnen sein.

Die Gewerbesteuereinnahmen sind jedoch von einigen wenigen Firmen abhängig.

Sollten sich bei diesen Steuerpflichtigen Änderungen hinsichtlich des Gewinns oder der Firmenstruktur ergeben, würde sich dies sehr schnell negativ auf die Finanzsituation der Gemeinde auswirken.

Aufgrund des prognostizierten Wirtschaftswachstums und der Lohnzuwächse dürfte die Einkommenssteuerbeteiligung wohl einen ähnlichen Betrag erreichen wie in diesem Jahr.

Derzeit belaufen sich die Einnahmen auf ca. 4.195.000 € (geschätzt. ca. 5.567.000 €) wobei die Zahlung für das 4. Quartal noch aussteht.

Im Einzelnen stehen folgende Steuern, Abgaben und Gebühren zur Diskussion.

1. Realsteuern

Steuerart	Hebesatz	Durchschnitt Land 2015	Durchschnitt Kreis 01.01.2015	Letzte Erhöhung	Haushaltsansatz 2016
Grundst. A	310 v. H.	334,5 v. H.	312,97 v. H.	01.01.16	3.200 €
Grundst. B	310 v. H.	329,3 v. H.	315,78 v. H.	01.01.16	830.000 €
GewSt.	320 v. H.	326,1 v. H.	347,19 v. H.	01.01.95	2.100.000 €

Die Hebesätze liegen noch unter dem Landesdurchschnitt vergleichbarer Gemeinden.

2. Bestattungsgebühren

Die Erträge 2015 bei den Friedhofsgebühren belaufen sich auf ca. 98.600 € und die Aufwendungen auf ca. 252.600 €. Daraus errechnet sich ein Defizit von ca. 154.000 €. Die letzte

Erhöhung erfolgte zum 01.01.2015 (Erhöhung 6,5% - 15,3%)

Die derzeitigen Gebühren betragen:

Grabart	Betrag pro Jahr	Erhöhung	Kosten-deckend
Einzelreihengrab	30,00 €		67,03 €
Doppelreihengrab	60,00 €		134,07 €
Familiengrab	85,00 €		201,10 €
Wahlgrab	98,00 €		214,51 €
Wahlgrabfläche zusätzlich je 1m Breite	25,00 €		
Urnengrab	30,00 €		30,47 €
Urnenkammer	60,00 €		135,65 €
Leichenh. Waldfriedhof und Grünmorsbach je Tag	68,-- €		644,88 €
Leichenh. Dorffriedhof und Dörmorsbach je Tag	50,-- €		

3. Gebühren für die Sporthallen

Die beiden Sporthallen und das Stadion an der Kultur- und Sporthalle weisen enorme Defizite auf. Im Einzelnen ergeben sich folgende Zahlen (Jahresabschluss 2015)

	Erträge	Aufwendungen	Defizit
Stadion	2.104,00 €	42.024,99 €	39.920,99 €
Kunstrasenplatz	957,99 €	9.743,86 €	8.785,87 €
Kultur- und Sporthalle *)	95.263,36 €	280.441,27 €	185.177,91 €
Sporthalle „Am Hohen Kreuz“ **)	43.460,98 €	271.929,71 €	228.468,75 €
Beach-Volleyball-Feld	0,00 €	3.152,99 €	3.152,99 €

*) inklusive der Pacht für die Gaststätte, der Miete der Hausmeisterwohnung

**) inklusive Einnahmen aus der Benutzung der Halle durch die Schule i. H. v. 5.148,40 €

In der **Kultur- und Sporthalle** beliefen sich die reinen Benutzungsgebühren der Halle auf 31.264,67 €.

Diesen Erträgen stehen allein schon Aufwendungen für Heizung, Reinigung, Strom und Wasser in Höhe von 76.236,76 € gegenüber.

In der Sporthalle „**Am Hohen Kreuz**“ sind Einnahmen aus dem reinen Sportbetrieb in Höhe von 14.250,85 € (davon 5.148,40 € aus Schulsport) zu verzeichnen.

Während die Ausgaben für Heizung, Reinigung, Strom und Wasser in Höhe von 45.966,63 € belaufen.

In den Erträgen ist noch ein Betrag von ca. 22.400 € als Zuwendung und in den Aufwendungen ein Betrag von ca. 119.300 € für die Sanierung der Beleuchtung enthalten.

Die letzte Gebührenanpassung erfolgte zum 01.01.2015 um ca. 8%.

a) sportliche Nutzung und Sportveranstaltungen ohne Eintritt	Seit 01.01.15	
1/3 Halle	7,50 €	
2/3 Halle	15,00 €	
ganze Halle	22,50 €	
b) Sportveranstaltungen mit Eintritt		
1/3 Halle	22,00 €	
2/3 Halle	44,00 €	
ganze Halle	66,00 €	
Diese Gebühren gelten als Mindestgebühren. Damit werden zwei Stunden abgegolten. Für jede weitere Stunde ist die Hälfte der vorgenannten Gebühren zu verrechnen		
Konferenzräume	157,50 €	
Kulturelle, gesellschaftliche oder sonstige Nutzung mit Barbetrieb		
Örtliche Veranstalter (täglich)		
1/3 Halle	347,00 €	
2/3 Halle	620,00 €	
ganze Halle	780,00 €	
Auswärtige Veranstalter		
1/3 Halle	462,00 €	
2/3 Halle	735,00 €	
ganze Halle	924,00 €	
Barbetrieb im Foyer oder Garderobenraum	80,00 €	
Reinigungsarbeiten je Stunde	47,00 €	
Kulturelle, gesellschaftliche oder sonstige Nutzung ohne Barbetrieb		
Örtliche Veranstalter		
1/3 Halle	172,50 €	
2/3 Halle	310,00 €	
ganze Halle	390,00 €	
Für Großveranstaltungen und Veranstaltungen auswärtiger Vereine und Gruppen sind Sonderregelungen vorbehalten.		
Stadionspielfeld		
Veranstaltungen ohne Eintritt		
Haibacher Vereine Aktive Mannschaften (2 Std.)	29,00 €	
Je angefangene weitere Stunde	11,00 €	
Veranstaltungen mit Eintritt		
Haibacher Vereine Aktive Mannschaften (2 Std.)	58,00 €	
Je angefangene weitere Stunde	22,00 €	
In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten.		
Jugend- und Schülermannschaften sind frei		
Veranstaltungen ohne Eintritt		
Auswärtige Vereine (2 Std.)	58,00 €	
Je angefangene weitere Stunde	22,00 €	
Jugend- und Schülermannschaften (2 Std.)	29,00 €	
Je angefangene weitere Stunde	11,00 €	

In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten.		
Veranstaltungen mit Eintritt		
Auswärtige Vereine (2 Std.)	116,00 €	
Je angefangene weitere Stunde	43,00 €	
Jugend- und Schülermannschaften (2 Std.)	58,00 €	
Je angefangene weitere Stunde	22,00 €	
In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten.		
Trainingsspielfeld		
Haibacher Vereine und Sportgruppen (2 Std.)	29,00 €	
Je angefangene weitere Stunde	11,00 €	
In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten.		
Schüler und Jugendmannschaften sind frei		
auswärtige Vereine (2 Std.)	58,00 €	
Je weitere Stunde	22,00 €	
Schüler und Jugend von auswärtigen Vereinen	22,00 €	
Je weitere Stunde	11,00 €	
In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten.		
Flutlichtanlage je Stunde	9,50 €	
Leichtathletikanlage		
Für Vereine monatlich	8,00 €	
Für Einzelpersonen monatlich	5,50 €	
Kegelbahn		
Freizeitkegeln	8,00 €	
Kegelgruppen	7,50 €	
TV Haibach (Abt. Kegeln)	5,00 €	
Schulsportanlage		
Ortsvereine je Stunde	10,50 €	
Auswärtige je Stunde	17,50 €	
In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten.		
Beach-Volley-Ball		
Ortsvereine mit Vertrag (2 Stunden)	17,00 €	
Jede weitere Stunde	7,50 €	
Freie Benutzung (Privatleute ohne Vertrag)	26,50 €	
Je weitere Stunde	10,50 €	
Ganzer Tag	84,00 €	
Für auswärtige Vereine und Gruppen erhöht sich die Gebühr um 50%.		
Auswärtige Schüler und Jugendliche zahlen die Gebühr wie „Freie Benutzung“.		

5. Benutzung Jugendhaus

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge 1.091,70 € und die Aufwendungen 16.997,76 €. Daraus errechnet sich ein Defizit in Höhe von 15.906,06 €.
Die Benutzungsgebühr beträgt derzeit je Tag 104,-- € für Gemeindebürger und 208,-- € für Auswärtige.

Die Benutzung durch die Jugend und Vereine für Proben ist kostenfrei.
Die letzte Gebührenanpassung erfolgte zum 01.01.2009 (um 10%).

Nachdem die Küche und die sanitären Anlagen neu hergerichtet wurden wäre eine Gebühren-anpas-

sung durchaus vertretbar.

6. Bürgerhaus Dörmorsbach

Im Jahr 2015 beliefen sich die Erträge auf 2.648,78 € und die Aufwendungen auf 36.206,81 €. Das Defizit beträgt somit 33.558,03 €.

Die Gebühren betragen derzeit:

	Großer Saal	Kleiner Saal	Gesamt
Tanzveranstaltungen	330,00 €	112,00 €	442,00 €
Sonstige Veranstaltungen	230,00 €	120,00 €	350,00 €
Nutzung durch Turngruppen je Stunde	7,50 €	5,00 €	

7. Hundesteuer

Die Hundesteuer beträgt derzeit 50,-- € je Hund und wurde letztmals zum 01.01.2002 erhöht. Das Aufkommen beläuft sich auf ca. 20.000 €.

8. Hallenbad

Die Erträge des Hallenbades belaufen sich auf 71.007,30 € und die Aufwendungen auf 242.888,18 €. Somit ergibt sich ein Defizit von 171.880,88 €.

Derzeit werden folgende Eintrittsgelder erhoben:

Erwachsene:	Einzelkarte	2,50 €
	Zehnerkarte	20,00 €
	Jahreskarte	75,00 €
Familien	Einzelkarte	5,00 €
Jugendliche / Kinder	Einzelkarte	1,00 €
	Zehnerkarte	8,00 €
	Jahreskarte	30,00 €
Rentner / Arbeitslose	Einzelkarte	1,50 €
	Zehnerkarte	12,00 €
	Jahreskarte	45,00 €
Gruppenschwimmen		
TV Haibach	Ausdauersport	35,--€/Std.
Corina Kroth	Wassergymnastik	45,--€/Std.
Schule Bessenbach und Albert-Liebmann-Schule	Schulsport	45,--€/Std.

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird vorgeschlagen, dass im letzten Jahr die Anpassungen für die Realsteuern erfolgten, die Bestattungsgebühren wurden im Jahr 2015 angehoben. Nunmehr sollte für alle

gemeindlichen Immobilien und Trainingsplätze eine Erhöhung um 5 % erfolgen.

Dieser Vorschlag sollte in den Fraktionen beraten werden.

7.	Neuregelung der Unternehmereigenschaft der öffentlichen Hand - § 2b UStG
----	---

Sachverhalt:

Im Oktober 2016 hat der Gesetzgeber das Steueränderungsgesetz 2015 beschlossen, mit dem u. a. in einem neuen § 2b UStG die Umsatzbesteuerung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (jPdöR) vollkommen neu strukturiert wird.

Mit dieser gesetzlichen Neuregelung soll eine seit Jahren bestehende Unsicherheit in der Besteuerungspraxis der öffentlichen Hand beseitigt werden.

Mit dem Wirksamwerden der gesetzlichen Neuregelung ab dem 1. Januar 2017 wird die Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand nicht mehr vom Vorliegen eines Betriebs gewerblicher Art (BgA) im Sinne der §§ 1 Abs. 1 Nr. 6, 4 Körperschaftssteuergesetz abhängig gemacht, sondern nur noch von der Entfaltung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen. In Fällen der Betätigung „jPdöR“ auf Grundlage öffentlich-rechtlicher Handlungsformen sollen Begünstigungen greifen. Insbesondere sollen bestimmte Fälle von Kooperationen „jPdöR“ untereinander zur Vermeidung nicht gewollter Umsatzsteuerbelastungen von der Umsatzbesteuerung ausgenommen werden.

Die Neuregelung tritt zum 1. Januar 2017 in Kraft. jPdöR wird jedoch die Möglichkeit gegeben, für eine **Übergangszeit bis Ende 2020** für die weitere Anwendung der **alten Rechtslage zu optieren**. Diese Option muss für die **gesamte jPdöR einmalig und einheitlich** (für den gesamten Haushalt) bis zum **31.12.2016** durch eine schriftliche Erklärung gegenüber dem Finanzamt ausgeübt werden. Diese Erklärung wiederum kann mit Wirkung vom Beginn jeden Folgejahres an **(einmalig) widerrufen** werden, so dass für den Steuerpflichtigen in dem Zeitraum 2017 bis 2020 faktisch ein Wahlrecht besteht, ab welchem Kalenderjahr er (dann endgültig) die Neuregelung anwendet.

Bleibt die Gemeinde **gänzlich untätig**, d. h. erklärt sie nicht die Option zugunsten des alten (BgA)-Rechts bis zum 31.12.2016, findet die **Neuregelung** ab dem 01.01.2017 **Anwendung**.

Unter diesen Gesichtspunkten haben wir unseren gesamten Haushalt überprüft. Unter die neue Regelung fallen die bisher schon erfassten Teilbereiche Wasserversorgung, Forstbetrieb, Kultur- und Sporthalle, Hallenbad und Kunstrasenplatz.

Künftig wird die Regelung auch beim Jugend- und Vereinshaus, beim Bürgerhaus Dörmorsbach, der Sporthalle „Am Hohen Kreuz“ und der Benutzung des Stadions an der Kultur- und Sporthalle greifen.

Weiterhin wäre auch der Verkauf von Stammbüchern, Grenzsteinen, Chroniken usw. betroffen.

Das Bundesfinanzministerium der Finanzen erstellt derzeit noch ein Schreiben mit Einzelheiten zur konkreten Ausgestaltung des §2b UStG. Diese Schreiben befindet sich derzeit in der Verbändeanhörung. Es wird damit gerechnet, dass die endgültige Fassung erst im Frühjahr 2017 vorliegen wird.

Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband und der Bayerische Gemeindetag können deshalb keine verlässlichen Empfehlungen aussprechen. Beide Institutionen empfehlen deshalb zunächst von der Optionserklärung Gebrauch zu machen und dem Finanzamt gegenüber zu erklären, dass von der Neuregelung derzeit kein Gebrauch gemacht wird.

Sollte sich im Laufe des Jahres 2017 herausstellen, dass die Neuregelung für die Gemeinde vorteilhafter ist, kann die Erklärung widerrufen werden.

Sofern die Optionsregelung angewendet werden soll ist folgende Erklärung abzugeben:

„Hiermit erklärt die Gemeinde Haibach, dass sie aufgrund des Beschlusses des Gemeinderates vom -vorbehaltlich eines etwaigen Widerrufs – für sämtliche nach dem 31.12.2016 und vor dem 01.01.2021 ausgeführte Leistungen weiterhin § 2 Abs. 3 UStG in der am 31.12.2015 geltenden Fassung anwendet.“

Kämmerer Thomas Wenzel schlägt vor, dass der Gemeinderat hierzu im Herbst einen Beschluss für das Jahr 2017 fasst. Ab dem Jahr 2021 ist die Umsetzung ohnehin Pflicht.

Beschluss:

„Hiermit erklärt die Gemeinde Haibach, dass sie aufgrund des Beschlusses des Gemeinderates vom -vorbehaltlich eines etwaigen Widerrufs – für sämtliche nach dem 31.12.2016 und vor dem 01.01.2021 ausgeführte Leistungen weiterhin § 2 Abs. 3 UStG in der am 31.12.2015 geltenden Fassung anwendet.“

Abstimmungsergebnis: ja: 11 nein: 0

8. Allgemeines**8.1. Terminvorschau****8.1.1. Nicht öffentliche Sitzung des GR**

Wegen des möglichen Erwerbs des TV-Geländes durch die Gemeinde findet am Mittwoch, 26.10.2016, eine nichtöffentliche Sitzung des GR statt.

Die Leitung der Sitzung übernimmt **3. Bgm. Horst Hock**.

8.1.2. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 23.11.2016

Bgm. Andreas Zenglein fragt, ob die Sitzung am 23.11. aus Sicht der Ausschussmitglieder notwendig ist.

Es besteht nach kurzer Diskussion Einverständnis, dass dieser Termin stattfinden soll. Bis zu diesem Termin sollte die Feuerwehr ihren Jahresplan vorlegen, damit hierzu bereits Beratungen stattfinden können.

8.1.3. Nächste Sitzung des Gemeinderates am 29.11.2016**8.1.4. Übergabe 1. BA der Ortsverbindungsstraße**

Hierzu wurden heute die Einladungen verteilt. Die offizielle Übergabe ist für Sonntag, 06.11.2016, um 10:30 Uhr, geplant.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde
am **23.11.2016** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Verwaltungsangestellte

SITZUNG

des

HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSSES**Sitzungstag: Mittwoch, 23. November 2016****Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 21:35 Uhr****Haibach, Rathaus**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
Anwesend:		
Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	(Vertretung für Jürgen Goldhammer)
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	(Vertretung für Jürgen Großmann)
Susanne Zellner	Gemeinderätin	
Abwesend:		
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	(vertreten durch Claus Rückert)
Jürgen Großmann	Gemeinderat	(vertreten durch Toni Stahl)
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Schriftführer		
Anja Züchner		
Verwaltung		
Friedrich Englert		
Thomas Wenzel		
Anja Züchner		

Tagesordnung**Haupt- und Finanzausschuss****Öffentlicher Teil:**

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 19.10.2016
3.	Festsetzung von Steuern, Gebühren, Beiträgen und sonstigen Abgaben für das Haushaltsjahr 2017 - Wiedervorlage
4.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 10 geladenen Ausschussmitgliedern 9 erschienen sind, der Haupt-

und Finanzausschuss beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 19.10.2016

Das Protokoll der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.10.2016 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Festsetzung von Steuern, Gebühren, Beiträgen und sonstigen Abgaben für das Haushaltsjahr 2017 - Wiedervorlage**Sachverhalt:**

Die Umlagekraft der Gemeinde ist von 7.411.659 € im Jahr 2016 auf 8.469.028 € (Mehrunge: 1.057.369 €) gestiegen.

Ursache hierfür sind die wesentlich höheren Einnahmen bei der Einkommensteuerbeteiligung des Jahres 2015 und die Schlüsselzuweisung des Jahres 2016.

Im Jahr 2015 haben wir keine Schlüsselzuweisung erhalten.

Der Hebesatz der Kreisumlage beläuft sich derzeit auf 41,5%. Hinweise über eine Änderung des Hebesatzes liegen bis jetzt noch nicht vor.

Daraus errechnet sich eine Kreisumlage von ca. 3.514.700 € (Vorjahr: ca. 3.075.838 €). Dies bedeutet eine Mehrunge um ca. 438.900 €.

Im Jahr 2016 betrug die Schlüsselzuweisung ca. 730.600 €.

Aufgrund der höheren Steuerkraft wird im Jahr 2017 wohl eine wesentlich geringere Schlüsselzuweisung zu erwarten sein.

Im Einzelnen stehen folgende Steuern, Abgaben und Gebühren zur Diskussion.

1. Realsteuern

Steuerart	Hebesatz	Durchschnitt Land 2015	Durchschnitt Kreis 01.01.2015	Letzte Erhöhung	Haushaltsan- satz 2016
Grundst. A	310 v. H.	334,5 v. H.	312,97 v. H.	01.01.16	3.200 €
Grundst. B	310 v. H.	329,3 v. H.	315,78 v. H.	01.01.16	830.000 €
GewSt.	320 v. H.	326,1 v. H.	347,19 v. H.	01.01.95	2.100.000 €

Die Hebesätze liegen noch unter dem Landesdurchschnitt vergleichbarer Gemeinden.

Das Ergebnis 2016 bei den Gewerbesteuereinnahmen dürfte sich, soweit derzeit absehbar, auf ca. 1.400.000 € belaufen.

Im Jahr 2017 dürfte mit einem Betrag in gleicher Höhe zu rechnen sein.

Die Gewerbesteuereinnahmen sind jedoch von einigen wenigen Firmen abhängig.

Sollten sich bei diesen Steuerpflichtigen Änderungen hinsichtlich des Gewinns oder der Firmenstruktur ergeben, würde sich dies sehr schnell negativ auf die Finanzsituation der Gemeinde auswirken.

Aufgrund des prognostizierten Wirtschaftswachstums und der Lohnzuwächse dürfte die Einkommensteuerbeteiligung wohl einen ähnlichen Betrag erreichen wie in diesem Jahr.

Derzeit belaufen sich die Einnahmen auf ca. 4.195.000 € (geschätzt ca. 5.567.000 €) wobei die Zahlung für das 4. Quartal noch aussteht.

2. Bestattungsgebühren

Die Erträge 2015 bei den Friedhofsgebühren belaufen sich auf ca. 98.600 € und die Aufwendungen auf ca. 252.600 €. Daraus errechnet sich ein Defizit von ca. 154.000 €.

Die letzte Erhöhung erfolgte zum 01.01.2015 (Erhöhung 6,5% - 15,3%)

Die derzeitigen Gebühren betragen:

Grabart	Betrag pro Jahr	Erhöhung	Kosten- deckend
Einzelreihengrab	30,00 €		67,03 €
Doppelreihengrab	60,00 €		134,07 €
Familiengrab	85,00 €		201,10 €
Wahlgrab	98,00 €		214,51 €
Wahlgrabfläche zusätzlich je 1m Breite	25,00 €		
Urnengrab	30,00 €		30,47 €
Urnenkammer	60,00 €		135,65 €
Leichenh. Waldfriedhof und Grünmorsbach je Tag	68,-- €		644,88 €
Leichenh. Dorffriedhof und Dörmorsbach je Tag	50,-- €		

3. Gebühren für die Sporthallen

Die beiden Sporthallen und das Stadion an der Kultur- und Sporthalle weisen enorme Defizite auf.

Im Einzelnen ergeben sich folgende Zahlen (Jahresabschluss 2015)

	Erträge	Aufwendungen	Defizit
Stadion	2.104,00 €	42.024,99 €	39.920,99 €
Kunstrasenplatz	957,99 €	9.743,86 €	8.785,87 €
Kultur- und Sporthalle *)	95.263,36 €	280.441,27 €	185.177,91 €
Sporthalle „Am Hohen Kreuz“ **)	43.460,98 €	271.929,71 €	228.468,75 €
Beach-Volleyball-Feld	0,00 €	3.152,99 €	3.152,99 €

*) inklusive der Pacht für die Gaststätte, der Miete der Hausmeisterwohnung

**) inklusive Einnahmen aus der Benutzung der Halle durch die Schule i. H. v. 5.148,40 €

In der **Kultur- und Sporthalle** beliefen sich die reinen Benutzungsgebühren der Halle auf 31.264,67 €.

Diesen Erträgen stehen allein schon Aufwendungen für Heizung, Reinigung, Strom und Wasser in Höhe von 76.236,76 € gegenüber.

In der Sporthalle „Am Hohen Kreuz“ sind Einnahmen aus dem reinen Sportbetrieb in Höhe von 14.250,85 € (davon 5.148,40 € aus Schulsport) zu verzeichnen.

Während die Ausgaben für Heizung, Reinigung, Strom und Wasser in Höhe von 45.966,63 € belaufen.

In den Erträgen ist noch ein Betrag von ca. 22.400 € als Zuwendung und in den Aufwendungen ein Betrag von ca. 119.300 € für die Sanierung der Beleuchtung enthalten.

Die letzte Gebührenanpassung erfolgte zum 01.01.2015 um ca. 8%.

a) sportliche Nutzung und Sportveranstaltungen ohne Eintritt	Seit 01.01.15	
1/3 Halle	7,50 €	
2/3 Halle	15,00 €	
ganze Halle	22,50 €	
b) Sportveranstaltungen mit Eintritt		
1/3 Halle	22,00 €	
2/3 Halle	44,00 €	
ganze Halle	66,00 €	
Diese Gebühren gelten als Mindestgebühren. Damit werden zwei Stunden abgegolten. Für jede weitere Stunde ist die Hälfte der vorgenannten Gebühren zu verrechnen		
Konferenzräume	157,50 €	
Kulturelle, gesellschaftliche oder sonstige Nutzung mit Barbetrieb		
Örtliche Veranstalter (täglich)		
1/3 Halle	347,00 €	
2/3 Halle	620,00 €	
ganze Halle	780,00 €	
Auswärtige Veranstalter		
1/3 Halle	462,00 €	
2/3 Halle	735,00 €	
ganze Halle	924,00 €	
Barbetrieb im Foyer oder Garderobenraum	80,00 €	
Reinigungsarbeiten je Stunde	47,00 €	
Kulturelle, gesellschaftliche oder sonstige Nutzung ohne Barbetrieb		
Örtliche Veranstalter		

1/3 Halle	172,50 €	
2/3 Halle	310,00 €	
ganze Halle	390,00 €	
Für Großveranstaltungen und Veranstaltungen auswärtiger Vereine und Gruppen sind Sonderregelungen vorbehalten.		
Stadionspielfeld		
Veranstaltungen ohne Eintritt		
Haibacher Vereine Aktive Mannschaften (2 Std.)	29,00 €	
Je angefangene weitere Stunde	11,00 €	
Veranstaltungen mit Eintritt		
Haibacher Vereine Aktive Mannschaften (2 Std.)	58,00 €	
Je angefangene weitere Stunde	22,00 €	
In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten.		
Jugend- und Schülermannschaften sind frei		
Veranstaltungen ohne Eintritt		
Auswärtige Vereine (2 Std.)	58,00 €	
Je angefangene weitere Stunde	22,00 €	
Jugend- und Schülermannschaften (2 Std.)	29,00 €	
Je angefangene weitere Stunde	11,00 €	
In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten.		
Veranstaltungen mit Eintritt		
Auswärtige Vereine (2 Std.)	116,00 €	
Je angefangene weitere Stunde	43,00 €	
Jugend- und Schülermannschaften (2 Std.)	58,00 €	
Je angefangene weitere Stunde	22,00 €	
In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten.		
Trainingsspielfeld		
Haibacher Vereine und Sportgruppen (2 Std.)	29,00 €	
je angefangene weitere Stunde	11,00 €	

In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten.		
Schüler und Jugendmannschaften sind frei		
auswärtige Vereine (2 Std.)	58,00 €	
je weitere Stunde	22,00 €	
Schüler und Jugend von auswärtigen Vereinen	22,00 €	
je weitere Stunde	11,00 €	
In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten.		
Flutlichtanlage je Stunde	9,50 €	
Leichtathletikanlage		
Für Vereine monatlich	8,00 €	
Für Einzelpersonen monatlich	5,50 €	
Kegelbahn		
Freizeitkegeln	8,00 €	
Kegelgruppen	7,50 €	
TV Haibach (Abt. Kegeln)	5,00 €	
Schulsportanlage		
Ortsvereine je Stunde	10,50 €	
Auswärtige je Stunde	17,50 €	
In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten.		
Beach-Volley-Ball		
Ortsvereine mit Vertrag (2 Stunden)	17,00 €	
Jede weitere Stunde	7,50 €	
Freie Benutzung (Privatleute ohne Vertrag)	26,50 €	
Je weitere Stunde	10,50 €	
Ganzer Tag	84,00 €	
Für auswärtige Vereine und Gruppen erhöht sich die Gebühr um 50%.		
Auswärtige Schüler und Jugendliche zahlen die Gebühr wie „Freie Benutzung“.		

5. Benutzung Jugendhaus

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge 1.091,70 € und die Aufwendungen 16.997,76 €. Daraus errechnet sich ein Defizit in Höhe von 15.906,06 €.

Die Benutzungsgebühr beträgt derzeit je Tag 104,-- € für Gemeindebürger und 208,-- € für Auswärtige. Die Benutzung durch die Jugend und Vereine für Proben ist kostenfrei.

Die letzte Gebührenanpassung erfolgte zum 01.01.2009 (um 10%).

Nachdem die Küche und die sanitären Anlagen neu hergerichtet wurden wäre eine Gebührenanpassung durchaus vertretbar.

6. Bürgerhaus Dörmorsbach

Im Jahr 2015 beliefen sich die Erträge auf 2.648,78 € und die Aufwendungen auf 36.206,81 €. Das Defizit beträgt somit 33.558,03 €.

Die Gebühren betragen derzeit:

	Großer Saal	Kleiner Saal	Gesamt
Tanzveranstaltungen	330,00 €	112,00 €	442,00 €
Sonstige Veranstaltungen	230,00 €	120,00 €	350,00 €
Nutzung durch Turngruppen je Stunde	7,50 €	5,00 €	

7. Hundesteuer

Die Hundesteuer beträgt derzeit 50,-- € je Hund und wurde letztmals zum 01.01.2002 erhöht. Das Aufkommen beläuft sich auf ca. 20.000 €.

8. Hallenbad

Die Erträge des Hallenbades belaufen sich auf 71.007,30 € und die Aufwendungen auf 242.888,18 €. Somit ergibt sich ein Defizit von 171.880,88 €.

Derzeit werden folgende Eintrittsgelder erhoben:

Erwachsene:	Einzelkarte	2,50 €
	Zehnerkarte	20,00 €
	Jahreskarte	75,00 €
Familien	Einzelkarte	5,00 €
Jugendliche / Kinder	Einzelkarte	1,00 €
	Zehnerkarte	8,00 €
	Jahreskarte	30,00 €
Rentner / Arbeitslose	Einzelkarte	1,50 €

	Zehnerkarte	12,00 €
	Jahreskarte	45,00 €
Gruppenschwimmen		
TV Haibach	Ausdauersport	35,--€/Std.
Corina Kroth	Wassergymnastik	45,--€/Std.
Schule Bessenbach und Albert-Liebmann-Schule	Schulsport	45,--€/Std.

Bgm. Zenglein stellt die Frage in den Raum, ob die Gewerbesteuer erhöht werden sollte, da die letzte Erhöhung lange zurück liege.

Zu diesem Thema erwähnt er, dass derzeit geprüft werde, ob eine Umwidmung eines Teils des Gewerbegebietes in ein Mischgebiet möglich ist. Das Bauamt ermittle derzeit den Anteil von Wohnraum im GE-Gebiet.

Im Gremium herrscht geteilte Meinung über die Umwidmung, jedoch herrscht Einigkeit darüber, dass die Gewerbesteuer 2017 nicht erhöht werden soll.

Bei den gemeindlichen Gebäuden sollte es künftig das Ziel sein, zumindest die Aufwendungen zu decken. Diese Erhöhung könnte jedoch nur schrittweise erfolgen.

Kämmerer Wenzel schlägt vor, die Gebühren jährlich um ca. 5 % zu erhöhen, da dies verträglicher sei, als eine schlagartige Erhöhung auf z.B. 15%.

Bgm. Zenglein gibt zu bedenken, dass in den kommenden Jahren eine Verschuldung eintreten wird. Dies erkläre sich anhand der bereits angeschobenen Projekte.

Nach kurzer Beratung wird herausgearbeitet, dass es auch für die Vereine durchaus verständlich sein

sollte, wenn zumindest 25% der Kosten für den laufenden Unterhalt durch die Nutzer gedeckt werden sollten. Somit wären 75% der Unterhaltskosten bei der Gemeinde zuzüglich aller Investitionskosten zu 100%. Um diesen Grad der Kostendeckung zu erreichen, wären jedoch deutliche Erhöhungen erforderlich.

GR Hock bittet Kämmerer Wenzel, auszuarbeiten, welchen Kostendeckungsgrad (in Bezug auf die laufenden Kosten) es derzeit gibt. Die weiteren Beratungen könnten dann in der Doppelsitzung im Januar erfolgen.

Kämmerer Wenzel bittet um Information, ob lediglich die Energiekosten oder auch die Personalkosten gedeckt werden sollen.

Bgm. Zenglein schlägt vor, dass im Jahr 2017 zunächst alle Nutzungsgebühren für alle gemeindlichen Gebäude um 10% erhöht werden sollten. Am heutigen Tage werde jedoch kein Beschluss hierüber ergehen.

Nach eingehender Beratung wird vorgeschlagen, die Gebühren für das gemeindliche Hallenbad ebenfalls um 10% zu erhöhen. Die Erhöhung könne auch im laufenden Kalenderjahr 2017 erfolgen.

Die erforderlichen Beschlüsse sollen in der Haushaltsdoppelsitzung im Januar gefasst werden.

4. Allgemeines

GR Amrhein fragt nach, ob an der Gemeindeverbindungsstraße Haibach – Dörmorsbach noch Begrenzungslinien angebracht werden.

Bgm. Zenglein bejaht dies. Die Arbeiten werden voraussichtlich jedoch erst im Frühjahr durchgeführt, sobald diese witterungsbedingt möglich sind.

GR Hock bemängelt, dass für die Gemeinderatssitzung kommende Woche erst für 20.00 Uhr, statt für 19.00 Uhr geladen wurde.

Bgm. Zenglein entschuldigt sich hierfür.

GR Claus Rückert fragt nach, ob an dem Regenrückhaltebecken an der Ortsverbindungsstraße noch eine Absicherung angebracht werden soll.

Bgm. Zenglein erläutert, dass diese noch angebracht werden muss.

Waldwegebau habe. Dieses Thema wurde in der Bürgerversammlung angesprochen.

Zudem gibt er dem Gremium zur Kenntnis, dass die Firma Kunkel derzeit keine Kapazität für den

Hiernach schließt Bürgermeister Andreas Zenglein den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **20.01.2017** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Anja Züchner
Verwaltungsamtsrätin